

Genf und der Zollwucher

Die Reichsregierung hat, wie schon am Sonnabend gemeldet, beschlossen, den Agrariern zwar nicht alle ihre unverkäuflichen Zollforderungen zu erfüllen, ist ihnen aber doch weitgehend entgegengekommen. Der Reichstag soll seine Einwilligung geben zur Erhöhung der Zölle auf Kartoffeln, Fleisch und Zucker. Ohne Rücksicht darauf, daß die Lebenshaltungskosten der großen Massen der Bevölkerung, die schon weit über die anderer Kulturstaaten liegen, sich weiter unentwärtlich steigern. Dazu kommt aber noch etwas anderes:

In der amtlichen Meldung, in der die Zollbeschlüsse des Reichskabinetts mitgeteilt werden, stehen auch folgende Sätze:

Das Kabinett steht in den schwebenden Zolltarifffragen auf dem Boden der Beschlüsse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz. Es wird demgemäß unverzüglich der Reichswirtschaftsrat um Erstattung eines Gutachtens unter Einziehung des handelspolitischen Ausschusses des Reichstags über eine Revision des deutschen Zolltariffgesetzes zwecks Herabsetzung des Zollniveaus ersucht werden. Sobald sollen entsprechende Vorschläge beschleunigt den gesetzgebenden Körperschaften zugehen.

Während man die an und für sich löbliche Absicht, den Empfehlungen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz zu folgen, äußert, erhöht man die Zölle und belastet die breiten Massen aufs neue und aufs empfindlichste. Sie werden mit der Einholung eines Gutachtens abgepeißt, den Agrariern erhöht man die Zoll-Liebesgaben.

Die Art und Weise, wie man die Beschlüsse der Genfer Konferenz in Deutschland verwirklicht, dürfte im Ausland berechtigtes Aufsehen erregen. Sie kommt einer Sabotage der ganzen Weltwirtschaftskonferenz gleich und wird den Schutzöllnern aller Länder ein willkommenes Stichwort geben.

Trotzdem im Bürgerblut absolut keine Einmütigkeit in der Stellung zu diesen Zollforderungen der Regierung herrscht — die Junker stehen zu ihren höhern Forderungen — besteht die Gefahr ihrer Annahme im Reichstag. Die Deutschnationalen nehmen zunächst erst einmal den Sperling in der Hand. Die Laube auf dem Dache, denken sie, werden wir schon noch bekommen.

Die deutsche Öffentlichkeit muß sich regen, die Opfer der Verteuerung der Lebensmittel durch diese Zollerhöhungen in ihrem Protest den Kampf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen die Zuckerzöllner unterstützen. Ein Beispiel dafür, wie die bisher bestehenden Zölle sich schon auf die Preise auswirkten: Nach dem letzten Marktbericht werden für alte Speisekartoffeln Preise von 8 Mark und mehr pro Zentner angelegt. Aus Schleswig-Holstein wird uns mitgeteilt, daß die Eindeckung der Konjumenten aus Beständen der alten Kartoffelernte zu Preisen zwischen 8 und 10 Mark je Zentner erfolgt.

Und dann noch Verdopplung des Kartoffelzolls? Nein! Nieder mit den Lebensmittelverteuern! Das sei die Parole der nächsten Zeit. Wenn es die deutsche Reichsregierung nicht fertigbringt, so werden sich doch die deutschen Konjumenten hinter die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz stellen, die da fordern: Herabsetzung der Zölle! —

Heiliger Partikularismus!

Ein ieltjamer Prozeß beschäftigt seit Sonnabend den Staatsgerichtshof unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons. Kläger ist das Land Württemberg, verklagt ist das Land Baden. Behauptet wird von Württemberg nicht weniger, als das ihm Baden das Wasser der Donau weggehle!

Die Auseinandersetzung darüber geht schon jahrelang mit allen Leidenhaftigkeiten und Liden eines kleinstaatlichen Guerillakrieges hin und her. Mehrere Monate im Jahre liegt nämlich der württembergische Abschnitt der Donau fast völlig wasserleer. Jahrhundertlang glaubte man einjaß, das Wasser verdunste. Kurz nach 1870 aber wurde entdeckt, daß die Schwäbische Alb nicht wasserdicht ist und daß aus dem Donaubeck durch das Gebirge fortwährend

große Wassermengen in den badischen Fluß Neckar abfließen. Die württembergische Donau ist infolgedessen nur zur Zeit der Schneeschmelze und nach großen Regenfällen wasserreich, während die badische Neckar ständig ein wohlgefülltes Bett aufweist.

Seither behauptet Württemberg, daß an Wasserkraft ohnehin arm ist, daß Baden diese Naturerscheinung künstlich hervorgerufen habe, und es verlangt, daß Baden Flußregulierungen vornehme, die das Abfließen der Donau nach der Neckar verhindern. Andererseits hat Württemberg auf eigne Faust eine der Hauptversickerungsstellen (bei Friedingen) durch künstliche Anlagen bereits geschlossen; und dies hat nun wieder Baden veranlaßt, eine Gegenklage gegen Württemberg zu erheben, das also umgekehrt beschuldigt wird, seinerseits das Wasser der Neckar zu stehlen. Mit Württemberg tritt übrigens auch Preußen als Kläger auf, dem in Württemberg die Entlastung Hohenzollern gehört und das auf diesem Weg ebenfalls an der württembergischen Donau interessiert ist.

Der Prozeß, der wohl zu den seltensten gehört, die je-

mals in Deutschland geführt worden sind, begann mit weitläufigen Darlegungen der Vertreter Württembergs und Badens. Der württembergische Beauftragte blieb dabei, daß Baden die Versickerung künstlich hervorgerufen habe. Der badische Beauftragte dagegen bestritt dies durchaus, er verwies darauf, daß die in Frage stehende Erscheinung seit Jahrhunderten bekannt sei, während im Gegenteil Württemberg die Natur auf Kosten Badens zu fortrigieren versucht habe.

Sarkastisch bemerkt der „Montag Morgen“ zu diesen Streite: Reichsgerichtspräsident Dr. Simons wird jetzt also zu entscheiden haben, welches eigentlich der Wille Gottes mit den beiden Flüssen gewesen ist und welcher Staat diesen Willen durchkreuzt habe. Welcher Staat das Wasser für seine vorhandene Industrie dringender braucht, kann selbstverständlich keinen Einfluß auf sein Urteil ausüben! Er kann nur nach formalrechtlichen Gesichtspunkten entscheiden, das ist der Segen des Partikularismus; während in einem Einheitsstaat gerade die Frage entscheidend wäre, die im gegenwärtigen Prozeß beiseite bleiben muß! —

Der teure Beschützer.



„Was, den Zoll wollt ihr Hunde nicht zahlen? Glaubst ihr vielleicht, ich schütze eure . . . Republik umsonst!“

Schreckliche Rechtsverhältnisse

Es gibt in München einen städtischen Angestellten, den die Stadt nicht von seinem Posten entfernen darf, obgleich er aktiv am Hitler-Putsch teilgenommen hat. Die bayrische Regierung hat ihre schützende Hand über den Mann gehalten. Mehr noch. Er ist als Teilnehmer des Hitler-Putsches verwundet worden und erhält dafür eine staatliche Rente auf Grund des Unruheschädengesetzes. So werden Hochverräter in der deutschen Republik behandelt.

Auf der andern Seite kämpft die Witwe des von Kapp-Rebellen am 19. März 1920 in Larnow in Pommern erschossenen Händlers Mundt seit dem Jahre 1920 um die Anerkennung ihrer Hinterbliebenenversorgung durch das Reich. Der Erbschöffe, der zur Abwehr des Kapp-Putsches aufgefordert und beigetragen hatte, ist seinerzeit von Zeitfreiwilligen unter Führung des früheren Kavallerieoffiziers von Feldorf erschossen

worden. Die Untersuchung gegen den Mörder ist seinerzeit vom Landgericht Güstrow eingestellt worden mit der Begründung, der Mörder habe dem Kommando des Garnisonkommandos unterstanden und habe sich als Organ der Militärgewalt berechtigt gefühlt, ein summarisches Standgericht abzuhalten.

Mit derselben Begründung hat das Reichswirtschaftsgericht den Entschädigungsanspruch der Witwe am 18. Dezember 1921 abgewiesen. Es hat genau wie das Landgericht Güstrow, im Sandumdrehen aus den zeitweiligen Kapp-Rebellen verfassungstreue Regierungssoldaten gemacht. Die Witwe hat im Jahre 1926 ihre Ansprüche abermals geltend gemacht, sie wurden abermals abgewiesen, diesmal vom Versorgungsamt Rostock. Eine Beschwerde an das Versorgungsgericht Berlin wurde ebenfalls abgewiesen, wobei die Frage offen gelassen wurde, ob ein Entschädigungsanspruch an den Reichswehrminister vorliege. So werden Opfer der Kapp-Rebellen behandelt!

Angeichts dieser unglaublichen Haltung der Reichs-

Der Fall Laban

Rudolf von Laban, der unsre Hoffnung war, als er eine Neuauflage der Tanzkunst zu bewirken schien — Rudolf nennt sich jetzt „Nihilist“. Was er leidet, ist nicht Krankheit, sondern „Choreographie“, „Choreologie“, „Choreojodie“. Und was er tut, ist nicht, wie früher eine Tanzschule, sondern ein „Tanztheater“. Wozu der Schwund und das Geisse? Kehren die Zeiten wieder, in denen man eine Oper quasi in ein „Tanzdrama“, setzt, als das auch nicht mehr großartig genug klingt, in ein „Tanztheater“ umzuwandeln? Verträge sich das mit der Parole von der „Neuen Sachlichkeit“?

Mit drei Aufführungen in der Stadthalle gab uns Rudolf einen Beginn von seiner jüngsten Entwicklung. Ich, das er sich doch weniger mit der „Gestalt“, „Logik“ und „Sophie“ beschäftigt und mehr mit der „Form“! Man sieht jetzt ganz deutlich, wo der Fehler liegt: er hängt von oben an, anstatt von unten. Er sucht seinem Gehirn Ideen ab, anstatt seinen Fingern eine gegebene Rede in den Körper zu bringen. Es geht ihm wie jenem Mann, von dem Goethe singt:

„Ob er sich empfindet und begehrt mit dem Schicksal die Sterne, nirgends hatten dann die unsterblichen Seelen, und mit ihm wickeln Wolken und Winde.“

„In einem Beethoven“ war das erste Wort ausgedacht. „Lila“. Das einzige, in dem der Laban von früher wiederzuerkennen war. Jeder Mensch hat nämlich herben und bittere Erfahrungen gemacht. Die Fehler von damals sind nicht mehr an ihm; er hat sich ganz und gar verändert, und das hat sein Unglück. Die ersten Tänze zappeln sich mit Pantomime ab, jedoch mit den Armen wild in der Luft herum und stellen nicht mehr Kräfte wie eine die Kräfte dar, sondern bezaubert mit Verwirrung.

Das ist der erste Teil der Beschreibung der Gestalt. Der zweite: Steigerung der Quantität auf Kosten der Qualität. Es ist einseitig ein solches Festhalten, wenn man einen Mann, der etwas kann, durch vier Wochen erzieht, die nichts können. Es ist das bezaubernde Fingern des angelesenen Arbeiters. Nihilist ist unter die Intellektuellen geronnen. Er hat in vielen deutschen und jüdischen geistlichen Seelen — in Prag, in Paris — Zustände erzeugt, in denen seine Selbsterkenntnis, unter die auch einmal die

Rang Wigan zählt, junge Mädchen in Lang — nicht doch: in Sophie, Logik und Graphie — unterweisen. Das ist jeder ein einseitiges Geistes. Nicht, daß wir Herrn Nihilist den Ertrag seiner Arbeit mitgeben. Wir erlauben uns nur, ein bißchen mehr Ehrlichkeit zu verlangen. Es geht nicht an, mit diesen zur drei Viertel technisch unzulänglichen Schulmädchen öffentliche Aufführungen zu veranstalten, die man nicht als Bühnenvorstellungen, sondern als künstlerisch Ausgereiftes, als „Tanztheater“ ansieht, und für die man Eintrittspreise nimmt, die sonst nur von jetzigen und zeitigen Leistungen beansprucht werden. Das ist geradezu, als wenn man mit den Fingern einer Pantomime, und zwar mit Anfängern, ein Sinfonieorchester in der Stadthalle veranstalten zu lassen, wie sie Buch oder Werkbuch verlangt haben. Das Bürgerrecht würde sich schon dafür bekämpfen.

Es scheint übrigens, als verlöre Laban selber die Leitung über die anstehenden Schülerjahre mehr und mehr. Er wirft einen Gedanken hin und überläßt dessen Ausführung seinen Helfertümern. Er jährt als Armeo-Charismas über dem Ganzen. Das erste Stück, den „Titan“, hat er selber einstudiert. Das zweite, „Nacht“, ein kleines Stück Lesier, das „Mitternachtsballett“, das wir am letzten Abend sahen, Russa Vereska. Also Arbeitsteilung, aber nicht zum Vorteil der Arbeit. Legentlich hat man bei Max Reinhardt erlebt, der mit seinem Namen Probenjahre spielte, freier Natur besaß mit der berühmtesten Firma als Aufhängeschild. Für die Labanschen Aufführungen ergibt sich eine verblühende Verschiedenheit der Stile. Wende der „Titan“ mit dem „Mitternachtsballett“, d. h. mit einem Bewegungsspiel ohne Musikbegleitung und ohne gegenwärtigen Inhalt, so hat das zweite Stück „Nacht“ dynamische Materialitäten, oder, dem Nihilisten ins Deutsche übersetzt, eine Seele aus wahrer emotionaler, in lauter Körperlichkeit und in der Joy nach dem Genuss anstehenden Gegenwart. Aus diesem Bewußtsein wäre immerhin etwas zu machen gewesen — man erweist sich mit diesem Bewußtsein an die Nummer „Mitternachtsballett“ beim „Mitternachtsballett“, wenn sie nicht regieckmäßig so häufig verlegt hätte. Aber das hat mit einer charakterlosen Seele an, die immerhin sein wollte, aber nur existenz war, und jetzt sich fast in garbenlosigkeiten auf der Bühne und in der Unfähigkeit, die Gesetze, die man zusammengesprochen hatte, zu gliedern, zu lösen, mit Leidenschaft und Energie zu bewegen. Wenn einmal so etwas wie ein wirklicher Erfolg vorläge, aus diesem Chaos, so würde er von der wichtigsten Sache erdrückt. Der beliebtesten Dame, die da Regie führte oder zu führen vorgab,

ging es wie dem Zauberlehrling bei Goethe: sie wurde die Geister, die sie gerufen hatte, nicht mehr los. Kein Wunder, daß der Beifall des Hauses in schrillen Pfiffen unterging.

Der populärste Abend war der dritte. Das „Mitternachtsballett“ arbeitet mit historischem Kostüm, das recht lieblich wirkt, und mit Bruchstücken aus Beethovenschen Ballettmusiken. Da gab es viele Ritter, heilige Frauen, Dämonen, aufrührerische Bauern und allerhand Gespenstertypen. Kurzum, es ging zu wie in einer Oper von Meyerbeer. Abar für den Bourgeois: wenn die stolzen Ritter mit bloßen Armbewegungen und ohne Waffen das schmutzige Bauerneingebilde niederschlagen, das sich an ihren garantiert jungfräulichen Nonnen vergreifen will, lockt ihnen die Romantik im Wujen. Hatte man am Abend zuvor geschimpft und gepöffelt, so schmolz man jetzt vor Ehrfurchung und eingewurgelter Pietät dahin und vergaß selbst die Schritte und Armbewegungen, die nicht geklappt, und die Goldblätter, die so jämmerlich daneben geblieben hatten.

Aber es wäre verkehrt, wollte man für diese stiltliche Ein- und Herjähanten die Assistenten allein verantwortlich machen, „Kommt doch das Aergernis von oben“. Laban selber schiebt zwischen die monotonen und allzuoft wiederholten Bewegungen und Schritte seiner Beethoven-Huldigung eine höchst banale Wiederholungspantomime ein, deren Stimmung von vornherein durch ein auf die Bühne, neben sein Zweimädchlein haus postiertes modernes Orchester gerührt wird, das ausgerechnet das „Septett“ von Beethoven spielen muß. Ahnt er gar nicht, wie weit er damit hinter den einfachsten Tanzdarbietungen der Russen zurückbleibt? Wie unausgeglichen und unferig das alles ist und wie grotesk sein eigener Nebeneifer aus der hölzernen Angehörigkeit seiner Umgebung heraussticht? Er ahnt nicht, Er experimentiert wild herum. Er sucht ein Kompromiß zwischen musikalischer und musikalbegleiteter Tanz und läßt ganz ungenutzte Mittel, nachdem man eine halbe Stunde nichts vernommen hat als das müßige Getrappel von vierzig oder achtzig nackten Füßen, die Kapelle einziehen. Niemand sieht ein, warum sie gerade da einziehen und dann wieder auf längere Zeit verstummen. Das Resultat ist, daß die „absoluten“ Tänze wie Löcher zwischen den begleiteten gähnen.

Der Meister möge sich durch die Beifallsfallen seines müde blickt rasenden, in Scharen im Publikum verteilten Schülerinnern die er sich annehmend wie Requiriten mitbringt, nicht über seine Wirkung insich lassen. Man wird so viel künstlerische Reife und so viel krassen Dilettantismus in der Ausführung auf die Dauer nicht hinnehmen.

behörden hat die mecklenburgische Regierung bereits seit dem Jahre 1922 der Witwe aus Billigkeitsgründen eine Hinterbliebenenentschädigung gewährt. Das Reich aber entzieht sich nach wie vor seiner Versorgungspflicht. Gegen die Auszahlung einer Rente an einen Hitler-Mitglied, der die Waffen gegen verfassungsmäßige Staatsgewalt ergriffen hat, wird nicht erinnert. Der Witwe eines Opfers des Rapp-Butsches wird unter nichtigen Vorwänden die Anerkennung des Versorgungsanspruchs verweigert. So wird für Verfassungstreue und Staatsgefingung gesorgt.

Severing zu den Republikanern

Bei dem Kreisfest des Reichsbanners in Gladbeck, an dem weit über 10 000 Besucher teilnahmen, hielt Minister a. D. Severing eine Rede, in der er ausführte, daß es jetzt bei aller Ehrfurcht vor der Weimarer Verfassung gelte, sie mit sozialem Geiste zu erfüllen. Er sehe nicht an zu erklären, daß in der Republik die einen in Genüssen schwelgen, während die große Masse des Volkes im Schatten leidet. Das müsse geändert werden.

Severing wies darauf hin, daß das Jahr 1928 ein Kampfsjahr sein werde, in dem die Gemeinde-, Landtags- und die Reichstagswahlen durchzuführen seien, falls der Reichstag überhaupt noch so lange am Leben bleibe.

Gegenüber einer Äußerung des Kreisleiters, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß es Severing bald wieder möglich sein werde, mit am Steuer des Staates zu sitzen, antwortete Severing, daß er hoffe, bald gesundheitlich so weit auf der Höhe zu sein, daß er wieder auf der Stelle stehen könne, wozu ihn das Vertrauen der Republikaner stellen würde.

Polizeiaufgebote gegen Hitlerhorden

Schwere Ausschreitungen ließen sich während des Sonntags Horden von Nationalsozialisten in der weiten Umgebung Berlins zuschulden kommen, so daß die Landjäger mehrfach gezwungen waren, die Berliner Polizei um Hilfe zu ersuchen. Die politischen Raufbolde belästigten überall Fußgänger und bedrohten die Wirte von Ausflugslokalen. Vom Berliner Polizeipräsidium wird dazu im Einzelnen mitgeteilt:

Am Sonntag nachmittag hat ein Oberlandjäger aus Kallberge, der sich in Gräpwalde befand, die Berliner Schutzpolizei um Unterstützung, weil er von Nationalsozialisten bedrängt wurde. Von Berlin wurde ein Polizeiaufgebot im Auto nach Gräpwalde entsandt. Die Nationalsozialisten waren aber inzwischen geschloffen zum Bahnhof Mahnsdorf marschiert. Dort wurden drei Gafentragler, die den Anordnungen der Beamten nicht Folge geleistet hatten, festgenommen.

Die andern Nationalsozialisten, die schwere Knüppel bei sich trugen, gingen in ein Restaurant am Bahnhof Mahnsdorf. Als sie Gäste belästigten und die Einrichtung des Gasttraums zu zerbrechen drohten, wurde die Berliner Polizei wieder um Hilfe ersucht. Als das Polizeiauto in Mahnsdorf erschien, flüchteten die Nationalsozialisten in den Wald, wurden aber eingeholt und festgenommen. Es handelt sich um 17 Personen. Sie stehen im Verdacht, in der Nacht zum Sonntag bei Gräpwalde Personen ohne Grund mißhandelt zu haben.

In der Nacht zum Sonntag wurden im Walde zwischen Friedrichshagen und Ravenstein-Mühle acht Nationalsozialisten aus Fürstenwalde festgenommen. Sie hatten einen Arbeiter aus Friedrichshagen, mit dem sie in Streit geraten waren, mit einer Fahnenstange niedergeschlagen. Alle Verhafteten wurden der Abteilung IA zugeführt.

Diese allmonatlichen Nationalistenstreiche wachsen sich nachgerade zu einer Landplage aus, der entschieden gewehrt werden muß.

Neuer Lotterievertrag

Durch den Staatsvertrag vom 20. Juli 1911 schlossen sich Bayern, Württemberg und Baden der Preussischen Klassenlotterie an, die dadurch den Namen Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie erhielt, dabei aber im wesentlichen ein rein preussisches Unternehmen blieb. Da auch die Regelung der Vertragsanteile in den süddeutschen Staaten wenig befriedigte und außerdem ihre Mitwirkung in der Leitung des Unternehmens sehr beschränkt war, kündigten sie vor einiger Zeit diesen Vertrag, leiteten aber gleichzeitig Verhandlungen mit Preußen ein mit dem Ziele einer Umgestaltung der Verwaltung der Staatslotterie und einer besseren finanziellen Beteiligung.

Diese Verhandlungen haben nunmehr zum Abschluß eines neuen Staatsvertrags geführt, der am 13. Juni in Wiesbaden vorbehaltlich der Genehmigung durch die Landtage der betreffenden Länder unterzeichnet worden ist. Durch diesen Ver-

Arbeiterkulturwoche

Ein Sprechchorpiel im Stadttheater.

Wir haben wiederholt vom Wesen des Sprechchors in diesen Spalten gesprochen und ihn als wiedererwachte Gemeinschaftsform bezeichnet. Not- und Zielgemeinschaft haben die nach Ausdruck ihres Lebensgefühls strebende Masse an den Sprechchor als das ihr angemessene Instrument geführt. Fast alle größeren sozialistischen Kulturorganisationen haben Sprech- und Bewegungschöre bewirbt, die in Gemeinschaft das auszusagen, was die Gemeinschaft bewegt.

Auch die Reichs-Arbeiterkulturwoche wurde mit der Aufführung eines Sprechchorwerkes eingeweiht. Die Morgenfeier im Stadttheater brachte nach einer Ansprache des Genossen Fetzl und zwei Gesangsvorträgen zum erstenmal die szenische Darstellung eines Sprechchorspiels „Es dämmert...! Morgenrot!“ von Kurt Riemann. Es wurde ausgeführt von den Sprechchören des Bundes der freien Schulgesellschaften, Ortsgruppe Magdeburg; von Eltern und Kindern unter Führung von Lehrern, die alle in engster Fühlung miteinander wirken.

Bis auf den reichlich pathetischen und wenig originellen Titel ist das Werk Riemanns — als Dichtung gesehen — ein ausgezeichnetes Sprechchormanuskript, das in knapper, einprägnanter, aber gleichwohl recht gepflegter Sprache die Sehnsucht der in Fabriken, Ämtern und Gefängnissen darbenenden Proletarier mit beachtlicher Macht zum Ausdruck bringt. Ein „Befreier“ rüttelt die in dumpfer Verzweiflung lebenden Vermissten der Armen auf, die Drohungen des Fabrikherrn können die Sehnsüchtigen und Entschlossenen nicht mehr aufhalten. Als Militär den Waffen mit der Waffe entgegentritt, ist man bereit, Gewalt gegen Gewalt zu setzen. Da aber wird ein Mädchen mit leidenschaftlich warmen Worten um die Menschenliebe der Soldaten, bittet sie, nicht auf Brüder und Schwestern zu schießen, sondern sich mit ihnen zu vereinen zu einer durch Liebe, nicht durch Nacht regierten Gemeinschaft. Der theatralische Schlusseffekt, in dem der „Befreier“ das von dem Offizier bedrohte Mädchen schützt und den tödlichen Gegenstoß mit seiner Brust auffängt, sich bergestellt also für sie

irag wird die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie in eine selbständige rechtsfähige Anstalt mit dem Sitz in Berlin umgewandelt und stellt ein Gemeinschaftsunternehmen der vertragschließenden Länder dar. Sie untersteht fortan nicht mehr dem preussischen Finanzministerium, sondern ausschließlich dem paritätisch zusammengesetzten Staatslottereausschuß. Der Reingewinn wird nach der Bevölkerungszahl unter die vertragschließenden Länder verteilt.

Zuchthausurteil des Reichsgerichts

Der fünfte Strafsenat des Reichsgerichts fällte am Sonnabend nach zweifündiger Beratung im Prozeß Stichelmann folgendes Urteil: Der Angeklagte Stichelmann wird wegen Vergehens gegen die §§ 89 und 90 Absatz 5 des Strafgesetzbuchs zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Begründung stellt fest, daß die Tat Stichelmanns besonders gemeingefährlich gewesen sei, da er drei Reichsdeutsche den Franzosen ausgeliefert und diese wirtschaftlich und gesundheitlich auf schwerste geschädigt habe. Das Gericht habe Milde nicht wahren lassen können, da die Tat als besonders verwerflich anzusehen sei.

Die als Zeugen geladenen damaligen deutschen Rundschaffter Eichhorn, Kirch und Sig sagten aus, sie hätten in der Nacht zum 17. Juni 1919 in Frankfurt a. M. Aufenthalt genommen. Sie hätten wichtige Nachrichten von einer Berliner amtlichen Stelle bei sich gehabt, als sie von Stichelmann verhaftet und in einem Auto zu den Franzosen geschleppt worden wären. Während der Fahrt habe Stichelmann ihnen den Befehl gegeben, nicht zu flüchten, sonst würden sie erschossen. Als Stichelmann sie den Franzosen übergeben hatte, wäre er von einem französischen Offizier bezahlet worden. Unter dem böhmischen Jurist: „So habe ich auch 15 Jahre Zuchthaus besorgt!“, habe er sich von ihnen verabschiedet. Sie seien durch die erlittene Freiheitsstrafe schwer gesundheitlich und wirtschaftlich geschädigt worden.

Stichelmann bestritt bis zuletzt, Geld von den Franzosen bekommen zu haben.

„Revolutionäre“ Maulwurfsarbeit

Unter der Ueberschrift „Kommunistischer Mißbrauch des Ansehens der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ jetzt sich die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, das offizielle Organ der deutschen Konsumvereine gegen ein Vertragsmandat der Hamburger Kommunisten zur Wehr. Sie gibt ein Rundschreiben an die Hamburger kommunistischen Parteifunktionäre wieder, in dem es heißt:

Es ist notwendig, zur Vorbereitung der kommenden Wahlen systematisch mit der Sammlung von Adressen solcher Schichten der Bevölkerung zu beginnen, die für unsere Agitation in Frage kommen. Dazu gehören auch die „Echo“-Leser. (Das „Hamburger Echo“ ist sozialdemokratisch, Red. „Volksk.“) Wir haben in einem Stadtteil schon mit der Sammlung von Adressen der Namen der „Echo“-Leser sehr günstige Erfahrungen gemacht. Wir wollen jetzt in allen andern Stadtteilen in entsprechender Weise dies fortsetzen. Folgende Methode hat sich dabei als wirksam erwiesen:

In jedem Stadtteil wird eine Gruppe von acht bis zehn Genossen, die zuverlässig sind und für mehrere Wochen bereit sind, keine Mühe zu scheuen, zusammengestellt. Die Betreffenden passen bei den Filialen des „Hamburger Echo“ die Zeit der Verteilung ab und versuchen in möglichst unauffälliger Weise und geschickter Art mit bestimmten Aussträgern der Zeitung in Verbindung zu kommen. Sie begleiten dieselben und im Gespräch erklären sie ihnen, daß sie dabei sind, Adressen der „Echo“-Leser zu sammeln, um für die „Produktion“ Mitglieder zu werben. (Selbstverständlich kann man diese Angaben auch ändern.) In dem Stadtteil, wo die ersten Schritte auf diesem Gebiet unternommen worden sind, wurde in dieser Weise verfahren. Man bittet den betreffenden Aussträger, zur Feststellung der Adressen ihn begleiten zu dürfen.

Dabei ist nicht empfehlenswert, bis in die Häuser mit hineingehen. Am besten ist es, wenn man sich die Namen der Leser nennen läßt. Bei einiger Zuberkommenheit wird sich der Aussträger zu dieser Gefälligkeit bewegen lassen, besonders dann, wenn er davon überzeugt ist, einen Funktionär der „Produktion“ vor sich zu haben. Benötigt hat es sich, für diese Arbeit Frauen zu verwenden, da die Aussträger meistens Frauen und Kinder sind und Frauen ihnen gegenüber schneller Vertrauen gewinnen.

Die gesammelten Adressen werden strengsicherweise auf den beiliegenden Listen zusammengestellt und gut aufbewahrt. Von Zeit zu Zeit werden ihr von uns Materialien erlassen, die an diese Adressen geschickt werden. Unabhängig von dieser Adressensammlung geht selbstverständlich die Sammlung von Adressen der S.-P.-Arbeiter weiter, für die selbstverständlich andere Methoden in Frage kommen.

Also unter der Maske eines Genossenschaftsfunktionärs sollen sich die Moskowiter an Angestellte einer andern politischen Partei heranschleichen und sie zu

und ihre milde Lehre opfert, wirkt ein wenig kinodramatisch, ohne jedoch gerade den guten Geschmack zu verletzen.

Der Sprechchor ist hier gleichzeitig ein Bewegungschor, der mit großartigen Gebärden die akustische Wirkung der Sprache unterfützt. Die Chöre waren gut diszipliniert. Einigen Szenen merkte man das Arrangement noch zu deutlich an, so daß man die Spontanität in Zweifel zog. Die sprachliche Leistung war geschlossener, die Einzelsprecher verrieten gute Schulung und Anlage. Den „Befreier“ spielte und sprach Hans Mahlau vom Stadttheater mit dringlicher Wärme und jugendlichem Schwung, auch die Vertreter des „Fabrikherrn“, des „Herbergsvaters“ und die Landarbeiterin des „Mädchens“ besaßen ihre Rollen mit Gefühl und Einfühlung. Die einfachen klaren Bühnenbilder hat der Theatermaler Herbert Ruhe entworfen und angefertigt. Kurt Kiepmann bewies mit seiner Regieführung Scharfblick für klare Gruppenkomposition und für die rhythmischen Möglichkeiten des Bewegungschors.

Das Werk hinterließ starken Eindruck, so daß man ihn einen weitem Weg über Sprech- und Bewegungschor-Bühnen wünschen und voraussagen kann.

Unentgeltliche Theateraufführungen für Erwerbslose. Auch in der abgelaufenen Spielzeit waren mehrere Volkstheatergemeinden bemüht, ihren erwerbslos gewordenen Mitgliedern wenigstens von Zeit zu Zeit die Möglichkeit eines Vorstellungsbesuchs zu schaffen. Gelegentlich wurde auch Erwerbslosen außerhalb der Organisation die Teilnahme an wertvollen Aufführungen ermöglicht. Am weitesten ging darin die Berliner Volkstheater. Gestützt auf ihre beiden eigenen Theaterbetriebe stellte sie im Laufe der letzten Spielzeit den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden insgesamt rund 70 000 Plätze zur Verteilung an Erwerbslose völlig unentgeltlich zur Verfügung.

„Grüne Bühne“, Festspiele im Harzer Bergtheater. Direktor Erich Pabst hat für die Festspiele, die am 9. Juli mit den „Abelungen“ beginnen, die Darstellerschaft zusammengestellt, unter denen sich viele Namen vom vorigen Jahre befinden. Dem Ensemble gehören unter anderem an: Lotter Mützel, Traugott Müller, Gerhard Wenzel, Hermann Rabens, Fritz Genzow, Hans Schulze, Franz Stein, Werner Kipich, Hans Deppe, Wolf Behraud, Fritz Gildemeister, Rudolf Fernau, Otto Eduard Hoffe, Karin Evans, Alice Treiff, Frigga Wraut, Dorothea Fries, Charlotte Kuhlmann, Lotte Frank. Fast alle Darsteller kommen von den Berliner Bühnen.

Pflichtwidrigkeiten zu verleiten suchen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ nennt das „ein hundertbännliches Verfahren, das strafrechtlich unter den Begriff der Vortäuschung falscher Tatsachen fällt“.

Wahrscheinlich werden die Kommunisten nach der Hamburger Hochstaplermethode auch andwärts zu arbeiten versuchen. Darum Augen auf! Die kommunistische Stänkerei und Maulwurfsarbeit, die schon die Gewerkschaftsbewegung so schwer schädigt, darf sich nicht auch noch auf die Genossenschaftsbewegung ausdehnen.

Notizen

Friedfertige Sowjetleute. In der Aula der Berliner Universität fand am Sonntag ein feierlicher Empfang von 20 russischen Gelehrten statt, die in Berlin eine russische Naturforscherversammlung veranstalteten. Ansprachen hielten u. a. Kultusminister Weder, Vorkämpfer Krejzinski, Rektor Triefel und vor allem der Führer der russischen Delegation, Volkstommissar Semaschlow, der „angesichts der dunkeln Wolken über Europa“ betonte, daß der Frieden notwendig sei für das Gedeihen der Wissenschaft zum Wohle der Völker, und seine Rede schloß: „Es blühe die Wissenschaft, es wache der Friede.“

Wieder ein Landesverratsverfahren. Gegen die „Frankfurter Zeitung“ ist ein Verfahren wegen Landesverrats eröffnet worden, der durch Nachdruck von Auszügen aus der Denkschrift des Führers des Jungdeutschen Ordens, Mahraun, begangen sein soll.

Strosemannus Nobelpreisrede. Reichsaußenminister Doktor Strosemann wird seinen Nobelpreisvortrag am 29. Juni in Norwegens Hauptstadt Oslo halten. Ob er dort erklären wird, daß er den Friedenspreis nicht wegen etwaiger eigener Athletenarbeit für den Frieden bekommen hat, sondern nur als Reichsvertreter der von den Weimarer Verfassungskomitees nach sozialdemokratischer Initiative durchgeführten Verknüpfungspolitik? —

Gemeingefährlicher Fasizistenschwindel. Die römische „Tribuna“ hatte mitgeteilt, daß die jugoslawische Regierung mit dem Republikanischen Schutzbund in Oesterreich eine Vereinbarung zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Italien getroffen hätte. Der Präsident des Schutzbundes hat daraufhin am Freitag erklärt, daß die ganze Sache erfunden und erlogen ist. Es handle sich offensichtlich um eine fasizistische Macho, um nicht nur Jugoslawien als Kriegshörer hinzustellen, sondern auch die österreichischen Sozialdemokraten als Bundesgenossen der Jugoslawen.

Sozialistischer Wahlsteg in Paris. Bei der Stichwahl in einer Nachwahl zum Pariser Gemeinderat siegte der sozialistische Kandidat mit 6900 Stimmen gegenüber dem Vertreter des Nationalen Blocks, der nur 5800 Stimmen erhielt. Im ersten Wahlgang hatte der Sozialist 4500 Stimmen bekommen, der kommunistische Kandidat 3000 Stimmen. Der Kommunist war dann zugunsten des Sozialisten zurückgetreten.

Deutsche in Amerika

Berlin, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Deutsche Rentenbank hat Fühlung mit New Yorker Finanzkreisen aufgenommen, um eine neue Amerikanleihe in Höhe von 25 Millionen Dollar zu erlangen.

Wie aus New York gefunkt wird, sollen die Besprechungen ziemlich weit gediehen sein. Die neue Amerikanleihe dürfte mit der verschlechterten Lage am inneren deutschen Pfandbriefmarkt zusammenhängen.

Befolungsfragen im Ausschuss

Bb. Berlin, 20. Juni. Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde heute die Neuregelung der Befolungsordnung auf Grund verschiedener Anträge beraten. Abg. Rodauf (Dem.) erjudt um eine Vorlage zur Erhöhung der Beamtengehalte, rückwirkend ab 1. April 1927. Abg. Wender (Soz.) verlangte, daß den Reichsbeamten der Gruppen 1 bis 7 auf die neue Befolungsordnung rückwirkend ab 1. April 1927 Vorauszahlungen in Höhe von 20 Mark monatlich gezahlt werden sollen. Entsprechende Vorauszahlungen sollen auch den Empfängern von Wartegeld und den von Kriegsbeschädigtenbezügen gewährt werden.

Mißstimmung in England

London, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der englischen öffentlichen Meinung wächst die Unzufriedenheit mit der Haltung der konservativen Regierung in der Rußlandfrage. Die „Times“ beschäftigt sich heute mit der Frage, ob nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen der englisch-russische Handel seinen Fortgang nehmen würde. Das Blatt beklagt den Abbruch der Beziehungen als schädlich für die englische Wirtschaft.

Drei Tote bei einem Autounfall

Zu. Dortmund, 20. Juni. In der Nähe von Herbede geriet ein Autolastzug aus Essen auf abschüssiger Straße ins Rutschen und fuhr gegen einen Baum. Während sich der Führer retten konnte, wurden drei Mitfahrer getötet.

Ein Grabierwerk eingestürzt

W. Dortmund, 20. Juni. Das große Grabierwerk in Wachenborn, die sogenannte Felssaline, ist anscheinend infolge von Bodenveränderungen eingestürzt. Das Werk war 311 Meter lang und 12 Meter hoch. Der Materialschaden beträgt nach oberflächlicher Schätzung 300 000 Mark. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Wadebetrieb wird durch den Einsturz nicht beeinträchtigt.

Von einem Grenzpolizisten erschossen

Zu. Memel, 20. Juni. Ein litauischer Grenzpolizistbeamter in Zivill hat ein 21-jähriges Mädchen, das vom Wadewagen, als es auf seinen Anruf nicht sofort stehenblieb, durch mehrere Schüsse getötet. Ueber das rücksichtslose Vorgehen des litauischen Beamten herrscht im Memelgebiet große Entrüstung.

Folgen schwere Wertehesunfälle

Bb. Berlin, 20. Juni. Bei einem Zusammenstoß zweier Autodroschken in der bergangenen Nacht in Panow wurden insgesamt sechs Personen verletzt, von denen eine auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb. Beide Fahrzeuge wurden schwer beschädigt. — Heute morgen gegen 7 Uhr stieß in der Nähe des Gutes Lindenhof ein Motorrad und ein Fuhrwerk mit solcher Wucht zusammen, daß der Führer des Motorrades, ein 52 Jahre alter Kaufmann, beim Sturze so schwer verletzt wurde, daß er nur noch tot ins Krankenhaus eingeliefert werden konnte.

Spanischer Transatlantik-Flug Abets

Bb. München, 20. Juni. Wie die „München-Mugsburger Abendzeitung“ meldet, ist der Münchner Flieger Abet an einheimische Fabriken herangetreten, um eine Flugmaschine zu konstruieren, mit der er einen Flug München — New York durchführen will. Die Finanzierung des Unternehmens soll bereits gesichert sein.

*) Erschienen im Verlag der „Freien weltlichen Schule“, Magdeburg, Viktoriaplatz 5

Magdeburger Angelegenheiten

Abiage

Von den Mädchen mag ich nichts mehr hören,
Wie sie auch nach mir die Augen drehn,
Selena selbst könnt' mich nicht betröden,
Würde schleunigst aus dem Weg ihr gehn.

Denn es lieben Lotte und Adele
Und auch Bieschen nicht den schönen Mann,
Der ich bin mit noch viel schön'rer Seele,
Sondern nur das äuf're Drum und Dran.

Oh! ich mir vom Schneider diesen feinen
Sonntagsanzug machen ließ auf Pump,
Sah'n, die jeht aus Sehnsucht nach mir weinen
Stolz an mir vorbei als einen Lump.

Grausam mich zu rächen holt' ich wieder
Meinen neuen Anzug aus dem Spind,
Doch ich hüllte nicht darein die Glieder —
Schützte so ihn in den Frühlingswind.

In den alten abgenutzten Sachen
Ging ich selbst ihm sachte hinterher,
Mühsam zwang ich mich, nicht laut zu lachen:
Ihn umschwärzte schon ein Mädchenheer.

Luzie Viehlich und den Anzug trieb es
Bald zu einer Bank im Stadtpark hin,
Doch nicht lange so idyllisch blieb es —
Aufsprang Luzie, als sie nichts fand drin.

Würdevoll als wäre nichts geschehen
Ging ich nun an ihrem Schmerz vorbei,
Die sie meine alte Hofe sehen,
Durch die Löcher drang ihr Mutgeschrei.

Von den Mädchen mag ich nichts mehr hören,
Wie sie auch nach mir die Augen drehn,
Mögen sie dem Anzug Liebe schwören,
Mögen sie mit ihm spaziergehn! —
Thomas Semmelbäcker.

Eine kommunalpolitische Studienreise

Eine größere Reisegesellschaft aus dem westdeutschen Industriegebiet bereist zurzeit die Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt. Es sind Bürgermeister und Landräte aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf. Sie trafen unter Führung des Genossen Bergemann, Regierungspräsident in Düsseldorf, am Freitag abend in Magdeburg ein. Bei einem Empfang durch die Stadt wurden die Gäste in Magdeburg willkommen geheißen. Am Sonntag fand dann auch ein Empfang durch das Oberpräsidium statt.

Am Montag fand vormittags eine Studienreise nach Klein-Wanzleben statt zur Besichtigung der dortigen Rübenzucht-Anstalten. Am Nachmittag kehren die Teilnehmer nach Magdeburg zurück und besichtigen die Theater-Ausstellung. Am Dienstag führt die Reise nach Staßfurt und weiter nach Verburg und Dessau, wo gleichfalls industrielle Betriebe und kommunale Einrichtungen besichtigt werden. Auch ein Besuch des Dessauer Bauhauses fehlt natürlich nicht. Von Dessau geht die Fahrt nach Wittenberg und Halle. Der letzte Tag ist der Besichtigung von Merseburg und des Leinawerkes vorbehalten. Von Merseburg reisen die Teilnehmer am Sonnabend wieder nach Düsseldorf zurück.

Frauenversammlung der Partei

Der Frauenwerbeausschuß hatte die Magdeburger Genossinnen zu einer Versammlung am Donnerstag den 16. Juni nach dem Lokal Holz eingeladen. Genossin Arning erstattete Bericht von der Reichsfrauenkonferenz und der Arbeiterwohlfahrts-Tagung in Kiel. Die Rednerin gab ein Stimmungsbild dieser Tagungen, indem sie von dem Referat des Genossen Hilferding ausgehend den Anwesenden vor Augen führte, daß nach einem auf solcher geistigen Höhe stehenden Parteitag die sich anschließende Frauenkonferenz ganz unter dem Eindruck dieser Kieler Woche stehen mußte.

Die Erörterung des Problems Wohnungsnot und Wohnungsreform legte Zeugnis ab von dem festen Willen der Frauen zur praktischen Mitarbeit am Wohle des werktätigen Volkes. Besonders hervorzuheben ist auch der Bericht über die Arbeiterwohlfahrt, indem Genossin Arning die einzelnen Themen, vor allem die Referate des Genossen Dr. Heimerich und der Genossin Käthe Buchrufer besonders berührte. Die organisatorischen Fragen in der Frauenbewegung, so die Ausgestaltung der Zeitschriften, Ausbildung von Agitatoren und Fürsorgerinnen wurden eingehend behandelt. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion machte Genosse Lehrer Seifert beachtliche Ausführungen über Jugendfürsorge. Er ging dabei auch auf die Magdeburger Verhältnisse ein. Genossin Kahner begrüßte es, daß in Kiel auch Vertreter bürgerlicher Organisationen und die Vertreter der Landesbehörden an der Arbeiterwohlfahrts-Tagung teilgenommen haben. Genossin Koiner machte auf die Stellung der Krankenpflegerinnen aufmerksam, und ist der Meinung, daß wir auch unter diesen Frauen Helferinnen für die Arbeiterwohlfahrt werden könnten.

Genossin Bauermeister sprach über die „Frauenwelt“ als Werbeblatt für die Partei. Sie wünscht für die Zukunft eine bessere Ausgestaltung. Genossin Garimann machte über die in der nächsten Woche stattfindende Mitteldeutsche Frauenwoche informierende Ausführungen. Genossin Vannert wünscht eine Vertiefung der Magdeburger Genossinnen in das Problem der Wohnungsreform. Es wurde beschlossen, eine Versammlung einzuberufen, die sich nur mit diesem Thema beschäftigen soll.

In ihrem Schlusswort würdigte Genossin Arning die starke Organisation der Kieler Genossinnen. Sie ging auf alle an sie gerichteten Fragen ein und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Begeisterung der Kieler Tagung Wiederhall finden möge in unsern Herzen.

Tätigkeit der Schiedsmänner 1926

Das Preussische Justizministerium veröffentlichte eine Uebersicht über die Tätigkeit der Schiedsmänner Preussens im Jahre 1926, der der „Amtliche Preussische Pressedienst“ folgende Angaben entnimmt:

Die Zahl der Schiedsmänner am Schlusse des Jahres 1926 betrug in den 13 Oberlandesgerichtsbezirken zusammen 16 266 (gegen 16 622 im Jahre 1925). In bürgerlichen Rechts-sachen betrug die Zahl der Schiedsmänner 8126 (10 488), die Zahl der Sachen, in denen beide Teile zur Schlichterhandlung erschienen sind, in denen beide Teile zur Schlichterhandlung erschienen sind, 6785 (8174), die Zahl der durch Vergleich erledigten Sachen 3716 (4661).

In Strafsachen lagen insgesamt vor 26 048 (196 405); die Zahl der Sachen, in denen beide Teile zur Schlichterhandlung erschienen sind, betrug 179 381 (188 788); die Zahl der Sachen, in denen der Schlichterhandlung Erfolg hatte, belief sich auf 81 260 (77 665). Die Tätigkeit der Schiedsmänner zeigte demnach bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten im Berichtsjahr eine Verminderung gegenüber dem Vorjahr, während sie in Strafsachen eine Zunahme erfuhr.

Magdeburgs Kampf gegen Bakterien

Ein stiller, aber äußerst ernster und der Allgemeinheit dienender Kampf entspinnt sich täglich in dem grauen Haus am Wallonerberg, wo menschliche Intelligenz ringt mit den Verbreitern von Epidemien, die in früheren Zeiten ganze Völker zerstörten. Seit 1906 besitzt Magdeburg eine solche Kampfzelle gegen ansteckende Krankheiten. Ihren Erfolg und ihre Ausdehnung kennzeichnet allein schon die Tatsache, daß nach ihrer Gründung jährlich 800 Untersuchungen vorgenommen wurden, während es jetzt 42 500, also über fünfzigmal soviel sind. Der Arbeitsbereich erstreckt sich über den ganzen Regierungsbezirk.

Besonders bedacht werden Erscheinungen oder Verdachtsmomente von infektiösen Darmkrankheiten wie Typhus, Paratyphus, Ruhr. Während Hannover, das Rheinland, Pommern und in unserm Bezirk Halberstadt, Osterleben und Wolmirstedt von ansteckenden Krankheiten heimgejagt wurden, hatten wir in Magdeburg durch eine in der Milch hieher verschleppte Uebertragung nur in der Wilhelmstadt Ansteckungsfälle. Die Milch stammte aus Wolmirstedt. Heute sind in allen Apotheken und bei den Ärzten besondere Flaschen für Sputum und Nasenmaterial erhältlich.

Es ist eine volkswirtschaftlich und hygienisch begründete Notwendigkeit, daß die Ärzte sowohl wie das Medizinal-Untersuchungsamt ihr besonderes Augenmerk der Bekämpfung der Ruces zuwenden, insbesondere wo es sich um vererbte Fälle handelt. Zwischen einem sprechensprechend gefertigten Gestell liegt ein an allen Gliedern gefesseltes Meerfischweinch. Den Kopf hält ein zwischen der Magde-zähne geschobener Stahling. Schmerzlos wird dem Tierchen direkt aus dem Herzen eine Blutmenge von etwa 16 Kubikzentimeter entnommen. Dunkelrot fließt die warme Flüssigkeit in ein Reagenzglas. Das Tierchen selbst ist sofort wieder lustig, und dank seinem unstillbaren Appetit erseht es rasch den Blutverlust.

Auch weiße Mäuse und ein Ham-mel, bisweilen auch Kaninchen, dienen der wissenschaftlichen Forschung zur Heilung menschlicher Leiden. In Frage kommen hier überwiegend

inhyphitische Erkrankungen.

Das Blutserum von Krankheitsverdächtigen wird gemischt mit dem Blute von Meerfischweinch; nach einstufiger Wirkung werden Hammelblutkörperchen beigemischt, die verjast sind mit dem Blutserum von Kaninchen. Da diese Kaninchen vorherbehandelt sind mit Hammelblutkörperchen, besteht ihr Blutserum die Eigenschaft, die Hammelblutkörperchen aufzulösen. Dieses Gemisch von Antihammel-Kaninchen-Blut wird wiederum beigemischt dem Kranken- und Meerfischweinchserum, dem pulverisierte Menschenleberbestandteile beigegeben sind. Werden nun die Körperchen des Hammelblutes aufgelöst, so ist damit erwiesen, daß das untersuchte Blut nicht von der Syphilis erfaßt wurde; die ganze Flüssigkeit wird helles, klares, arterielles Blut. Liegt aber eine Erkrankung vor, bleibt die Flüssigkeit trübe.

Daneben hat die Magdeburger staatliche Untersuchungsstelle Fälle von Tuberkulose, Diphtherie, Cholera, Genickstarre (die Untersuchung verliert nur ganz selten positiv).

Ruhr und Fleischvergiftungen zu überwachen. Das letzte Geschäftsjahr sah das Untersuchungsamt neben andern An-lässen tätig in der Kontrolle von Tuberkulose 3506, Genickstarre-Verdacht 103mal. Ansteckungsgefahren drohten bei Diphtherie 5455, bei Ruhr 762, bei Fleckfieber 2mal. Glücklicherweise ergab die Untersuchung die Michtigkeit der Meldungen wie auch bei 11 angezeigten Nahrungsmittelvergiftungen. 238 Wasserproben bewiesen die Ungefährlichkeit des Magdeburger Leitungswassers. Aber auch die

Züchtung von Bakterien

wird in diesem Institut vorgenommen. Aus Rindfleisch wird eine



Fleischbrühe gekocht, der man zur Verfestigung Gelatine beimischt und dazu Agar (eine Algenart) gibt. Dieses Agar wird erst bei 100 Grad flüssig und erstarrt schon wieder bei der Abkühlung auf 40 Grad. Im Bakterien-Brutofen wird nun diese Masse, in die man mit Hilfe einer Platinspe die bakterienhaltige Substanz verteilte, unter der gleichmäßigen Temperatur von 37 Grad, also in derselben Wärme wie Menschenblut, gehalten. Die Bakterien entwickeln sich in diesem „Nährboden“, wie der Fachmann sagt, außerordentlich schnell. Typhusbazillen kann der Fachmann sogar mit blohem Auge feststellen, selbst unter Laufenden von andern Bakterien, die oft nur unter dem Mikroskop erkennbar sind.

Sind die in dem jeweiligen Falle zu untersuchenden An-steckungskeime (Krankheitserreger) einwandfrei erkannt, so wird das ganze Bakterienheer des Nährbodens wieder durch Ueber-hitzung getötet, so daß ein Weiterverbreiten unbedingt unmöglich ist. Daß das Personal des staatlichen Untersuchungsamtes (ein Medizinalrat, ein wissenschaftlicher Assistentarzt und vier geprüfte Assistentinnen) bei diesen Arbeiten die peinlichste Sorgfalt walten lassen muß, wird um so verständlicher, wenn man bedenkt, daß mit der Zahl der Bakterien auch nur eines „Nährbodens“ eine ganze Stadt berseucht werden könnte.

Metallarbeiter, geht in die Generalversammlung

Am Mittwoch den 22. Juni, abends 7 1/2 Uhr, findet im „Konzertsaal“ die Generalversammlung statt. Im Geschäftsbericht wird der Bevollmächtigte neben Lohn-, Arbeitsrechts- und andern Fragen die Schiedsprüche des Schlichters auszuweisen und die verbindlich erklärten Schiedsprüche des Schlichters behandeln. Genosse Dr. Franke, Lehrer der Wirtschaftsschule des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Dürrenberg, referiert über den Achtstundentag und das Arbeitszeitgesetz unter besonderer Berücksichtigung der Strafbestimmungen für Ueberarbeit. Kollegen, aus diesem kurzen Hinweis erseht ihr, wie notwendig der Besuch der Generalversammlung ist. Deshalb bitten wir, der Einladung zur Versammlung zahlreich Folge zu leisten. Die Verwaltung.

Wochentags-Ausflugskarten

Von der Allgemeinen Ortskrankenkasse ist der Reichs-bahnverwaltung in Berlin auf den ersten ablehnenden Bescheid wegen des Antrag auf Einführung von Wochentags-Ausflugskarten (zum Preise der Sonntagskarten) unter Darlegung der bereits von uns veröffentlichten Gründe eine erneute Eingabe am 26. Mai 1927 eingereicht worden. Unterm 5. Juni wird durch Karte als vorläufiger Bescheid der Eingang des Gesuchs, das auch von andern Bezirken eingereicht worden ist, bekräftigt — „eine Prüfung des Sachverhalts ist beantragt worden“.

Hoffentlich haben die Antragsteller diesmal noch gewauerter Würdigung der Verhältnisse den gewünschten Erfolg — und noch so zeitig, daß die Ferien habenden Angestellten, Arbeiter und Beamten die Einrichtung noch 1927 benutzen können.

Remerken wollen wir noch, daß die Frankenkasse der Gemeindebeamten und -angestellten des Deutschen Reichs (über 300 000 Mitglieder) durch ihren Zentralvorstand in Koblenz den gleichen Antrag einreichen läßt. Auch der Hauptvorstand des Verbandes, Sitz Berlin, hat die Gemeindebeamten Preussens, Sitz Berlin, hat die Gemeinde durch besondern Antrag an die Reichsbahn unterstützt. R. P.

Reichsbund deutscher Technik

Am Freitag vormittag trafen die Landesgruppen des Reichsbundes deutscher Technik zu ihren Verhandlungen zusammen. Um 11 Uhr vormittags fand die feierliche Eröffnung der Aus-stellung des deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen (Datich) in der Aula der Maschinenbauerschule am Krötenort statt.

Die Ausstellung gibt in vorbildlicher Weise eine Uebersicht über die Arbeiten des Deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen. Sie ist bis zum 26. Juni täglich von 10 bis 19 Uhr und Sonntags von 10 bis 13 Uhr geöffnet. Außerdem sind in der kommenden Woche während der Dauer der Ausstellung zahlreiche Vorträge über technische Fragen vorgegeben. Für Schulen ist der Ausstellungsbesuch frei. Der Eintritt für die Filmbor-träge beträgt 20 Pf.

Die Verhandlungen am Sonnabend und Sonntag waren internen Vereinsberatungen der einzelnen Ausschüsse, des Gesamtverbandes und der Bundesversammlung vorbehalten. Die nächste Tagung des Reichsbundes deutscher Technik findet im Jahre 1928 in Königsberg statt.

Im Rahmen der Hauptversammlung fand am Freitag im Hotel „Kaiserhof“ eine öffentliche Sitzung statt. Dr. Kurt Ruffe sprach über „Die Technik im Weltbilde der Gegenwart“. Der

Redner versuchte den gewaltigen Zusammenhang wissenschaftlicher, industrieller, weitgestaltender, wirtschaftlicher Arbeit, der mit dem Begriff Technik umrissen wird, einzureihen in Weltbild und Weltgefühl der Gegenwart. Das 19. Jahrhundert sei das Jahrhundert der Technik, das Maschinenzeitalter, dann des Nationalismus, des Historismus, der Romantik, des Imperialismus, des Realismus in seinen Ausprägungen des Naturalismus und Impressionismus, ferner der Weltwirtschaft, des Sozialismus u. s. Das Leben eines Jahrhunderts sei kein Zustand, sondern Bewegung, Wachsen, Reifen, Blühen, Verfallen. Das letzte Viertel des Jahrhunderts habe der Technik die Erde unterworfen. Die zweite Entwicklung führe von der klassischen Kultur der Renesse des 18. und 19. Jahrhunderts zum Historismus, Naturalismus, Relativismus zur Wende des 19. und 20. Jahrhunderts die Spannung zwischen beiden Entwicklungskurven, einmal der Technik und dann der Sprache sei Gesetz und Schicksal des Jahrhunderts. Je näher der Technik, um so unbedingt führe die Entwicklung des Jahrhunderts aufwärts, je näher dem Ausbruch und Erlebnis seelischer Wirklichkeit, um so bedingter abwärts. Dieses Grundgesetz erläuterte der Redner in längeren Ausführungen an der Entwicklung des 15. bis 18. Jahrhunderts, und betonte, daß diese Jahrhunderte von dem technischen 19. Jahrhundert unmöglich zu lösen seien. Die Grundlage der Technik seien Mathematik, Physik, Mechanik und Chemie. Die Kraft des Geistes aber, welche die moderne Zeit geschaffen habe, sei die Ratio, die Vernunft.

Der Mensch sei ein Seelenleben. Um zu leben, gesund zu sein, um sich zu entwickeln, benötige er seelische Bedingungen, d. h. er vertrage nur ein gewisses Maß Rationalisierung. Der Sinn des Lebens sei Lebensfreude, das höchste Glück sei die Persönlichkeit. Sänke irgendwie diese Lebensfreude, so könne daraus geschlossen werden, daß der Quell des Lebens getrübt wurde. Die Problematik der Technik wird auch in Zukunft abnehmen. Die Technik werde dem Menschen nicht nur selbstverständlich werden, sie wird auch aus dem Betrieter der Umwälzungen und Großtaten hinüberwachen in das Zeitalter der Ausgestaltung und der Kleinarbeit. Im gleichen Maße werde der Techniker in der Erfüllung seines Berufs nicht mehr allein Genüge finden, wie auch der Wissenschaftler nicht mehr, wie überhaupt kein Berufsträger mehr, wenn einmal die Zeit der heroischen, d. h. der von der Ratio diktierten Berufsauffassung vorbei sei. Die Menschen werden dann zurückfinden in die Gemein-schaft im fremdben Gefühl des Daseins, in die er eingetiebert seien.

— Arbeiterverein Kinderfreunde. Vespergung Dienstag abend 8 Uhr in der Schule Kleine Schulstraße 24. Auch Mitglieder willkommen, besonders solche die mithelfen wollen.

— Ausstellungen des Arbeiter-Kulturartells finden am Freitag dieser Woche anlässlich der Arbeiter-Kultur-Woche, zu den Veranstaltungen im „Kristallpalast“ und in den „Nationalfesthallen“ statt. Genau wie diese beiden ersten Veranstaltungen des Kultur-artells das Schaffen und Wirken sämtlicher Arbeitervereine zeigen werden, so sollen auch die Ausstellungen von den kulturellen Werten zeugen, die Arbeiter in ihrer Freizeit schaffen. Es werden sich die Buchdrucker, Stenographen und Schöpffelder sowie die Buchhandlung Volksstimme daran beteiligen. Von 6 Uhr abends an sind die Ausstellungen am Freitag in beiden Sälen geöffnet und jedermann zur unentgeltlichen Besichtigung empfohlen.

— Der Magdeburger Tierischverein E. S. wandte sich in einer in unserer Sonntag-Ausgabe enthaltenen Anzeige an alle Kreise der Öffentlichkeit. In seinem ausgebreiteten Wirkungsb-

Heimstättenbau für Beamte

Präsident Lobe eröffnet die Sonnabend-Sitzung des Reichstags um 12 Uhr. Ein Gesetzentwurf über die Verlängerung der Beschäftigung über die 2 Jahre wird dem Sieblungsamt übergeben. Der sozialdemokratisch-demokratische Antrag über die Bestimmung des 11. August als Nationalfeiertag geht an den Rechtsausschuss, ebenso ein von der Zentrumsfraktion neu angekündigter Antrag über den Schutz der gesetzlich anerkannten Feiertage.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die

Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau

Danach können Beamte bis zu zwei Drittel des Betrags, um den ihr Einkommen bzw. Ruhegehalt die Summe von 1560 Mark im Jahre übersteigt, an ein von der Regierung bestimmtes öffentlich-rechtliches Kreditinstitut oder gemeinnütziges Unternehmen abtreten. Die Abtretung ist nur zulässig zur Beschaffung, Verzinsung oder Tilgung von Darlehen, die durch Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden auf Wohnheimstätten gesichert sind oder gesichert werden sollen.

Abg. Lude (Wirtsch. Tag.) hält das Gesetz für unannehmbar.

Abg. Reddermeyer (Komm.) befürwortet Anträge seiner Partei, wonach Reichs- und Landesregierung Bürgerschaft für Verlust der von den Beamten eingezahlten oder abgetretenen Gelder übernehmen soll. Im Falle der Ablehnung ihrer Anträge würden die Kommunisten das Gesetz ablehnen.

Abg. Hoffmann (Soz.)

stimmt dem Grundgedanken der Vorlage zu, den Beamten eine neue Möglichkeit zu geben, sich Heimstätten zu schaffen oder aus eigener Initiative dem Wohnungswesen zu steuern, oder eine gewisse Wohnungszulage zu beziehen. Aber diese Zustimmung darf nicht dazu verleiten, gewisse Bedenken, die der Gesetzentwurf hervorruft, hier nicht auszusprechen. Das eine Bedenken richtet sich gegen die Erweiterung der Abtretungsbefugnis für Beamtenbezüge. Damit wird zum erstenmal die im bürgerlichen Gesetzbuch gezogene Grenze für die Abtretung von Beamtenbezügen und damit auch die Forderungsgrenzen grundsätzlich durchbrochen. Dieses Bedenken ist schon beim Einführungsgesetz zum bürgerlichen Gesetzbuch sehr ernst genommen worden, in dessen § 81 ausgesprochen wird, daß Ländervorschriften nicht berührt werden dürfen. Preußen hat auf Grund dieser Bestimmung jede Abtretung von Beamtenbezügen zu irgendwelchen Zwecken untersagt. (Hört, hört! h. d. Soz.) Jeder weiteren Durchbrechung dieses Grundsatzes für die Zukunft sagen wir von vornherein unsere absolute Gegnerenschaft an.

Schwer wiegen für uns auch

die besoldungspolitischen Bedenken.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn in ausgedehntem Maße Beamte mit niedrigen Bezügen dieses Zweckparlament erzeugen, sehr leicht der Eindruck erweckt werden kann, die Beförderung der unteren und mittleren Gruppen sei gar nicht so schlecht. Nachdem aber die Beamtenorganisationen sich einmütig für dieses System eingesetzt haben, lassen auch wir dieses Bedenken folgen. Die Beamtenorganisationen haben uns dringend ermahnt, das Gesetz so rasch wie möglich zu verabschieden, wir werden ihm daher auch aus diesem Grunde unsere Zustimmung geben.

Das Gesetz baut sich auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit auf, aber diese Freiwilligkeit hört auf, wenn der Beamte den Sparvertrag unterschreibt und die Abtretung rechtswirksam geworden ist. Eine gewisse Milderung ist durch eine andre Fortmilderung der Kündigungsfrist und des Kündigungsstermins eingetreten. Aber ausreichend sind diese Milderungen noch nicht. Der Entwurf bietet keine Garantie dafür, daß der Beamte, der in eine pflichtige Notlage gerät, sein Kapital früher als vor Ablauf der ganzen Sparperiode zurückerhalten kann. Wenn der Beamte, durch die Verhältnisse gezwungen, seinen ursprünglichen Gedanken aufgeben muß, dann steht er hier eine Sparperiode, auf die er nicht zurückgreifen kann. Er kann sich lediglich durch die Kündigung von der laufenden Sparverpflichtung befreien. Wir haben uns im Ausschuss die größte Mühe gegeben, diese Härte im Hinblick auf die sozialen Abhängigkeiten des Gesetzentwurfs zu mildern, wir hatten versucht, zu bestimmen, daß die Sparorganisation durch Rücklage oder durch Auszahlung geförderter Verträge eine

frühere Rückzahlung der Gelder ermöglichen

sollen. Leider sind wir mit unsern Bestrebungen bei der Regierungszuschreibung ohne Unterstützung geblieben.

Wir haben heute unsere Anträge wiederholt. Wir sind grundsätzlich auch der Auffassung, daß Heimstätten gegen spekulative Wertvermehrung gesichert werden müssen. Aber eine Einschränkung des freien Verfügungsrechts über das Eigentum ist doch nur dann gerechtfertigt, wenn mit Hilfe öffentlicher Mittel eine solche Heimstätte geschaffen wird. Das ist aber hier nicht der Fall. Hier sollen sich die Beamten freiwillig die Mittel schaffen, um die Heimstätten zu bauen, und solange wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung haben, können wir dem Beamten, der aus eigenen Mitteln baut, bei der Verwertung seines Eigentums keine geschlossenen Schranken auferlegen. Die Regierung hat unbegrenzt den Standpunkt vertreten, daß sie jede wirtschaftliche Beihilfe zu diesem Zwecke sich verweigern muß. Wir ist dieser Standpunkt völlig unverständlich. Die Regierung hat mindestens eine starke moralische Verantwortung übernommen, aus der die finanzielle Verantwortung selbst folgt. Ich hoffe, daß das Haus wenigstens die Entscheidung des Ausschusses annimmt, die eine gewisse Milderung der harten Bestimmungen über die Verrentung der Sparkapitalien verlangt.

Wir hätten ferner vorgeschlagen, daß die Sparorganisation verpflichtet ist, geförderter Sparverträge neuen Sparern zunächst anzubieten. Auch das würde unser Bedenken gegen die Verrentung der Sparkapitalien wesentlich gemindert haben. Wir müssen die Beamten

vor übertriebenen Illusionen warnen.

Es ist durchaus nicht so, wie vielfach geglaubt wird, daß nun jeder Beamte sich recht bald eine Heimstätte bauen kann. Denn unsere Bedenken sind überhaupt nicht grundsätzlicher, sondern praktischer Art. Dieses Gesetz kann überhaupt nur dann für die Beamten nützlich wirken, wenn es auf den Grundgedanken höchster Wirtschaftlichkeit aufgebaut wird. Leider hat der Reichstag den ursprünglichen Gedanken, ein zentrales Spar- und Konsuminstitut zu schaffen, verlassen, sondern aus partikularen Erwägungen heraus die Errichtung von Stellen im Reich für die Durchführung dieses Gesetzes vorgezogen. Es ist höchst bedauerlich, daß bei einem Gesetz, das auf rein wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit aufgebaut sein soll, der Staat vor dem Partikularismus in Deutschland gemacht wird. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Durch einen entsprechenden Antrag wollen wir diesen Fehler wieder gutmachen. Zum Schluß erwarten wir, daß vor Erlass der Ausführungsbestimmungen die Wünsche des Reichsausschusses gewürdigt und berücksichtigt werden. (Beifall h. d. Soz.)

In der Abstimmung werden die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge abgelehnt, die Auswärtigen bleiben unverändert. Die Vorlage wird auch in der dritten Beratung und in der Schlussabstimmung gegen die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Kommunisten angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. — Nächste Sitzung Montag 15 Uhr. — (Zweite und dritte Beratung des Entwurfs betr. Vergleich zur Anwendung des Konkurses; erste Sitzung des Schenkstättengesetzes.) Schluß 13 1/2 Uhr.

Aus der Wirtschaft

Deutsch-englische Industriellentagung

In den letzten Tagen haben in Beverluse bei Köln, wo sich die zum Farbentwurf gehörigen Bayerischen Farbfabriken befinden, Besprechungen zwischen deutschen und englischen Industrieführern stattgefunden. Es handelt sich dabei um die Fortsetzung jener Reihe von deutsch-englischen Wirtschaftsverhandlungen, die im Oktober 1926 mit der vierer-örtlichen Londoner Zusammenkunft begonnen hat. Wenn von den Beteiligten auch betont wird, daß sie keinerlei Mandat, weder von ihrer Regierung noch von ihren Organisationen, haben, so steht doch fest, daß die Industriellenverbände Deutschlands und Englands hinter diesen Besprechungen stehen. Die Deutschen waren u. a. durch Geheimrat Duisberg, Dr. Silberberg, den Reichstagsabgeordneten Lammerz, den Buppertaler Textilfabrikanten Fromme und den Geheimrat Cuno vertreten, die englische Stahlindustrie durch William Larke, die englische Automobilindustrie durch Edward Mayville, die chemische Industrie durch Muspratt und die Textilindustrie durch Colonel Vernon Willich.

Ueber die Besprechungen, die angesichts des deutsch-englischen Zusammengehens auf der Wirtschaftskonferenz in Genf doppelte Bedeutung gewinnen, ist von den Beteiligten ein Kommunique verbreitet worden. Danach hat man sich für die Ausdehnung des internationalen Schiedsgerichtsverfahrens in geschäftlichen Streitfällen zwischen Angehörigen verschiedener Nationen ausgesprochen und auch das Washingtoner Arbeitszeitabkommen und seine Wirkungen auf die Produktionen Großbritanniens und Deutschlands erörtert. Es wurde auch die Notwendigkeit eines Zusammenarbeitens zwischen der Industrie und der Landwirtschaft betont und der Austausch von Hochschullehrern und Studenten zwischen allen Ländern für wünschenswert erklärt. Sonderverhandlungen sind nach dem Kommunique zwischen der Stahlindustrie und der Textilindustrie geführt worden.

Mit dem überaus allgemein gehaltenen Kommunique löst sich nicht viel anfangen. Annehmen kann man aber, daß die deutsche und die englische Industrie sich in Beverluse auf ganz bestimmte Richtlinien in der Weiterführung der auf der Wirtschaftskonferenz beobachteten Politik geeinigt haben. Bei dieser Einigung ist man zweifellos von der durch den englischen Bergarbeiterstreik 1926/27 geschaffenen Lage ausgegangen. So vermutet man in unrichtigen Kreisen, daß die Vorbedingungen für die Aufnahme der englischen Stahlindustrie in den internationalen Eisenpakt und die Grundlage für die Beendigung des deutsch-englischen Kohlenkampfes geschaffen worden sind.

Da auch in England die scharfmacherische Neigung nach Verlängerung des Arbeitsgesetzes entgegen dem Washingtoner Arbeitszeitabkommen zugenommen hat, erweist auch die Befürchtung durchaus berechtigt, daß die von den deutschen Industriellen lang ersehnte deutsch-englische Koalition gegen das Washingtoner Abkommen in Beverluse zutage gekommen ist.

Für die gerade in Deutschland und England wieder akut werdenden Zollkämpfe ist von Bedeutung, daß sich die Industrie anscheinend für die Nationalisierung der Landwirtschaft ausgesprochen und sich damit in Erwartung der durch die Nationalisierung erforderlichen werden großen Maschinenlieferungen agrarzellfreundlich orientiert hat.

Gewerkschaftsbewegung

Tarifbewegung in der Schifffahrt

Die Bewegung in der Binnenschifffahrt nimmt einen immer weiteren Umfang an. Mercuris am Rhein rühren sich die Schiffsmanuskripten, um ihre Lage zu verbessern. In allen Häfen finden Versammlungen statt. Bisher wurden fast sämtliche Tarife gekündigt.

Auch das Deutsche Kanalpersonal der Fahrzeuge der Westdeutschen Kanalschiffahrt hat die Kündigung seines Tarifvertrags beschlossen, der am 30. Juni abläuft. Das Personal der staatlichen Schleppdampfer Duisburg, Ruhrort und Hannover hat in mehreren Versammlungen einstimmig beschlossen, seinen Tarifvertrag zu kündigen und vom Reichsverkehrsministerium die gleiche Behandlung, wie sie den übrigen Staatsarbeitern zuteil wird, zu verlangen, vor allem Verkürzung der Arbeitszeit und Bezahlung der Ueberarbeit nach Ablauf der achtstündigen Arbeitszeit. Das Personal ist sehr erbittert, weil der Reichsverkehrsminister noch einen Schiedspruch abgelehnt hat, der eine Erhöhung der Löhne um 2,50 Mark pro Woche vorzuziehen, abgesehen von 1925 keine Lohnerhöhung eingetreten ist.

In einer Versammlung im Gewerkschaftshaus zu Bremen beschloßen die Werkschiffahrer die Kündigung des Tarifvertrags. Auch der Niederländische Transportarbeiterverband in Rotterdam hat das für die Arbeiter der Rheinschifffahrt bestehende Abkommen gekündigt und neben Lohnforderungen auch das Verlangen nach Verbesserung des Tarifvertrags gestellt.

Es scheint, als ob man an den zuständigen Stellen im Reich die immer größere Gefahr der kritischen Lage in der Rheinschifffahrt völlig verkennet. Aber Voraussicht nach ist mit weiteren und in ihrer Auswirkung unübersehbaren Lohn- und Tarifkämpfen in der Rheinschifffahrt zu rechnen, falls es nicht gelingt, die berechtigten Wünsche des Personals zur Geltung zu bringen.

Verhandlungstag der Holzarbeiter

In der Freitagssitzung wurde die Erhöhung der Beiträge verhandelt. Nach dem Vorschlag des Vorstandes wird der Beitrag des verhandelnden Durchschnittpersonals des Berufs oder der Branche als Haupttariffbeitrag vorzuziehen. Für Mitgliedergruppen mit höherem Verdienst können höhere Beiträge festgelegt werden. Die Zahl der Beitragsklassen in einer Verwaltungsstelle soll möglichst beschränkt werden. Der Sozialbeitrag, den die Sozialverwaltung festsetzt, soll in der Regel in den Verwaltungsstellen ohne Sozialbeamte nicht unter 25 Prozent des Haupttariffbeitrags betragen.

Nach stundenlanger Debatte wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Zur Einführung der Invalidenunterstützung schlägt Banuolf (Hamburg) im Namen der Vorbereitungskommission vor, über die Einführung der obligatorischen Invalidenunterstützung im nächsten Frühjahr die gesamte Mitgliedschaft in Ur- und Hilfsmitteln entscheiden zu lassen. Der Vorstandsantrag sieht drei Stufen in der Höhe der Unterstützung vor, je eine bei 700, 1000 und 1500 geleisteten Beiträgen. Bis 50 Pf. Durchschnittsbeitrag beträgt die monatliche Unterstützung 8, 10 und 12 Mark, über 50 Pf. bis 1 Mark Beitrag 10, 13 und 16 Mark, über 1 Mark Beitrag 12, 16 und 20 Mark.

Die Invalidenunterstützung soll erst nach entsprechender Erhöhung der Beiträge eingeführt werden. Als Beiträge sind vorgesehene: Bei einem Haupttariffbeitrag bis 50 Pf. 5 Pf., bei 50 bis 100 Pf. 15 Pf., bei 100 bis 150 Pf. 15 Pf. und bei einem höheren Haupttariffbeitrag 20 Pf. Der Verhandlungstag hat zu entscheiden, ob die Invalidenunterstützung nach diesen Richtlinien eingeführt werden soll.

In der Abstimmung werden die Vorschläge der Kommission gegen wenige Stimmen angenommen. Die Vorlage des Vorstandes wird als Material dem Vorstand überwiesen.

Ueber „Das Arbeitsrecht und die Arbeiterbewegung“ referierte Professor Dr. Einzeimer (Frankfurt a. M.). Die Referate Dr. Köllings und Dr. Einzeimers sollen im Sonderdruck erscheinen.

Schlussatzung.

Am Sonnabend erfolgten die Wahlen ohne Debatte gegen Oppositionsstimmen. Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt, ebenso dessen Vorsitz und Verbandsrat. Die Mitglieder des Verbandsausschusses werden nach der Vorschlagsliste der Verwaltungsstelle Stultgari bestimmt.

Die ausgelegte Statutenberatung wird darauf fortgesetzt. Angenommen wird ein Antrag, daß Verwaltungsstellen mit Jugendabteilungen im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand zum Verbandsbeitrag einen Sozialzuschlag von 5 Pf. erheben können. Angenommen wird ferner der Antrag des Verbandsvorstandes, wonach die Verwaltungsstellen berechtigt sind, mit Genehmigung des Verbandsvorstandes von den nach § 14 beitragsfreien Mitgliedern und von Ausgezeichneten einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. zu erheben.

Der § 29 Absatz 2 des Statuts, der die Höhe der Arbeitslosenunterstützung festlegt, erhält nach dem Vorschlag der Vorbereitungskommission eine neue Fassung. Danach beträgt bei einem Beitrag von 30 Pf. die Unterstützung je nach den geleisteten Wochenbeiträgen 2,40 bis 4,20 und steigt auf 9,60 bis 15,90 bei einem Beitrag von 1,60 Mark.

Angenommen wird der Antrag des Verbandsvorstandes, der die Streikunterstützung neu regelt. Die Höhe bewegen sich von 2,70 bis 7,50 Mark bei einem Beitrag von 30 Pf. und von 19,20 bis 31,80 Mark bei 1,60 Mark Beitrag. Der Kinderzuschlag bewegt sich bei der Streikunterstützung zwischen 60 Pf. und 1,80 Mark. Die Streikunterstützung beträgt je nach dem Beitrag 35 bis 105 Mark. Die Umzugsunterstützungsbetrag bewegen sich zwischen 18 und 118 Mark.

Zu den zur Frage der Unfallversicherung und des Gesundheitschutzes gestellten Anträgen hat der Vorstand und die Beratungskommission eine Entschließung vorgelegt, in der es bekräftigt wird, daß im Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes der Gedanke eines Maschinenschutzes wieder aufgenommen wurde.

Nachdem dem Vorstand empfohlen worden war, Bremen als nächsten Verbandstagort zu bestimmen, und nach Erledigung weiterer Anträge, erfolgte der feierliche Schluß des Verbandstages mit einem vom Vorsitzenden Tarnow ausgebrachten dreifachen Hoch auf den Verband.

Bundestag der Strafanstaltsbeamten

Der Bund der Gefängnis-, Straf- und Erziehungsanstaltsbeamten und -beamtinnen Deutschlands hielt in Köln in der Zeit vom 8. bis 10. Juni seine 13. Tagung ab. Zahlreiche Delegierte aus allen Bezirks- und Landesverbänden hatten sich eingefunden. Die preussische Regierung war vertreten durch den Ministerialrat Dr. Wadernann. Außerdem hatten die Fraktionen der S. P. D. die Abgeordneten Müller, (Hannover) und Frau Helfers, der R. P. D. die Abgeordneten Rensel (Halle) und Winterich entsandt. Die Deutsche Demokratische Partei war durch Abgeordnete Hoffmann vertreten. Als Vertreter der Beamteninternationalen war der Direktor Koordhoff (Holland) anwesend. Der österreichische Bruderverband war vertreten durch den Vorsitzenden Peterka. Außerdem waren noch zahlreiche Gäste und Behördenvertreter anwesend.

Die arbeitsreiche Tagung wurde am 8. Juni durch einen feierlichen Empfang von der Ortsgruppe Köln eingeleitet. Den Geschäftsbereich ergriffete Hornig (Berlin). Die Frage der Zugehörigkeit zur Spitzenorganisation ist endgültig geklärt. Einheitslich beherrscht die Auffassung der Allgemeine deutsche Beamtenbund. Einige weibliche Mitglieder haben versucht, eine Sonderorganisation im Rahmen des D. V. B. zu gründen; weil sie der Meinung waren, daß diese bei der Regierung besser angehörien sei. Ihr Schritt ist als Zeichen völliger gewerkschaftlicher Unreife beurteilt worden. Der Beamtenbildung hat sich bisher nur der Reichsaal Preußen durch Gründung einer Ausbildungs-schule für Aufsichtsbeamte angenommen. Besonders bemerkenswert war das ausgezeichnete Zusammenarbeiten des Bundes mit der Spitzenorganisation, dem A. D. B.

Ueber „Organisationsfragen“ referierte Falkenberg vom A. D. B. Die Organisation ist jetzt zur Einigung mit anderen Spitzenverbänden bereit gemein. Leider war eine Uebereinstimmung in den gewerkschaftlichen Grundfragen mit dem D. V. B. nicht zu erzielen. Immerhin zeigen sich heute bereits ernste Tendenzen aus den Reihen der Mitgliedschaft über den erfolglosen Zusammenstoß des D. V. B. mit den christlichen nationalen Gewerkschaften. Parteipolitische Bindungen werden abgelehnt; um so mehr ist aber der Bewegung eine freigewerkschaftliche Note verliehen, durch ständiges Suchen nach neuen Wegen zur Interessenvertretung der Beamten.

Die Besoldungsfrage findet ihren Sprecher in Dr. Böllert vom A. D. B. Er kritisiert scharf das Besoldungsrecht, das zurückgeht auf die unglückliche Finanzpolitik des Ministers v. Schlieben. Der A. D. B. wird sich bei der grundsätzlichen Neuregelung der Beamtenbesoldung mit Entschiedenheit wehren gegen eine Vermehrung der Besoldungsgruppen und gegen eine Rückkehr zum alten Klassenstufen vom Jahre 1909. In der nachfolgenden Diskussion finden die Grundzüge des Referats begeisterte Anerkennung.

Zur Organisations- und Besoldungsfrage sprechen ferner die Berichterstatter der eingesetzten Kommissionen. In interner Sitzung, die sich bis in die späten Abendstunden ausdehnte, wird der Wirtschaftsplan des Bundes für das kommende Jahr beschlossen. Die Anträge werden sämtlich in der von der Kommission vorgelegten Fassung angenommen.

Der 3. Verhandlungstag beschäftigte sich ausschließlich mit den Fragen des Strafvollzugs. Direktor Koordhoff (Holland) schilderte in einem sehr instruktiven Referat die gesetzlichen und praktischen Zustände im holländischen Gefängniswesen. Ueber das Thema „Neuzeitlicher Strafvollzug als gewerkschaftliche Forderung“ spricht Elzner, (Hamburg). Er stellt fest, daß zwischen den gewerkschaftlichen Forderungen und den Grundfragen des Erziehungsstrafvollzugs eine Ideenverbindung besteht, die sich mit den freigeiwirtschaftlichen Bestrebungen auf dem Gebiet der modernen Kulturpolitik und Sozialpolitik deckt.

In scharfen Umrissen nimmt der Bundesvorsitzende Hornig Stellung zum Entwurf des neuzeitlichen Strafvollzugsgesetzes. Es besteht wenig Aussicht, daß schon dieser Entwurf Gesetz wird. Grundlegend ist die gesetzliche Regelung des Strafvollzugs zu begründen. Jedoch hatten diesem Entwurf sehr bedenkliche Mängel an, die unbedingt ausgemerzt werden müssen. Unter den Anträgen zu diesem Abschnitt der Tagesordnung sind besonders bemerkenswert diejenigen, die sich mit dem Ausbau der staatlichen Gefängnisfürsorge befassen. Eine außerordentlich fruchtbare Debatte schließt sich den Referaten an und bringt erneut das einheitliche Bekenntnis der Gefängnisbeamtenorganisation zum Erziehungsstrafvollzug zum Ausdruck.

Vor Schluß der Tagung gelangte ein Danktelegramm, verbunden mit Wünschen für den besten Erfolg des Ministerpräsidenten Brauns, zur Verlesung, das mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde.

Mit einem aufmunternden Schlusswort des Bundesvorsitzenden und begeistert aufgenommenen Hoch auf die Republik findet die arbeitsreiche Tagung ihren Abschluß.

bringung der noch immer obdachlos, unter freiem Himmel stehenden Feuerwehrspritze konnte noch kein endgültiger Beschluß gefaßt werden.

Kreis Wolmirstedt

Alle Vorstände der Arbeitervereine müssen sich Dienstag 20½ Uhr wegen Stellungnahme zum Reichs-Arbeiterparitag im Gewerkschaftshaus einfinden.

Barleben

Autozusammenstoß. Kurz hintereinander ereigneten sich zwei Autounfälle auf der Chaussee Samswegen-Meseberg. Bei einem Zusammenstoß wurde der Chauffeur eines Autos herausgeschleudert und erlitt einen Armbruch. — Am Sonntag früh gegen 1/8 Uhr fuhr ein Wagen schwer beschädigt wurde. Der Besitzer, der den Wagen selbst fuhr, und sein Chauffeur, der neben ihm saß, wurden durch Glassplitter mehrfach am Kopf und im Gesicht verletzt. Der Besitzer erlitt ferner einen Knöchelbruch und eine Nasenquetschung.

Meseberg

Parteiversammlung am Mittwoch den 22. Juni, 22 Uhr, beim Genossen Otto Behrend. Genosse Bernia wird Bericht vom Parteitag erstatten. Auch Nichtmitglieder sind eingeladen.

Uthleben

Verstorbene ist seit dem 17. Juni die 14 Jahre alte Tochter Irmgard des Maurers Hugo Basemann. Sie ist von mittlerer Größe, trägt blaues Kleid mit weißer Stickerei, hunte Schürze, graue Strümpfe und schwarze Lackstühle. Sie hat einen kleinen runden, schwarzen Handkorb bei sich. Mitteilungen über die Verstorbene sind an das Amtsgericht zu richten.

Kreis Neuhaldeleben

Sozial- und Kleinrentnerunterstützung wird am Dienstag vormittags von 8½ bis 9½ Uhr im Sitzungssaal des Gemeindeverwaltungsgebäudes ausgezahlt.

Zum Feueralarm bei Bränden sowie bei Übungen werden jetzt zur Alarmierung der Pflichtfeuerwehr die Dampfpeifen der Firmen Schmelzer und Mitteldeutschen Steingutfabrik benutzt. Dreimaliges lang anhaltendes Pfeifen der Dampfpeifen ist das Feuerzeichen.

Kreis Calbe

Die Telefonverbindung nach Nonnen ist nun gesichert. In die Kosten teilen sich Reichspost und Staat.

Der Arbeitsmarkt hat sich in der letzten Woche erheblich gebessert. Im Bezirk ging die Zahl der Erwerbslosen von 276 auf 223, in der Stadt von 143 auf 129 herunter. Groß-Rosenburg hat 45, Kömmlitz 17, Watterntienburg 13 Erwerbslose.

Wiber haben sich an der Kleinen Elbe angeeignet. Seit der Kriegszeit waren sie dort verschwunden. Es handelt sich um eine Wiber Mutter mit vier kleinen Jungen, die allabendlich Schwimmbüchsen machen. Schon sind Köhlinge am Werk, nach ihnen mit Steinen zu werfen. Das kann den Wiberkinder sehr teuer werden, da der Wiber unter Schutz steht.

Die Strafen sind für den Verkehr da, und ganz besonders die Strafenkreuzungen. In den letzten Wochen ist die Polizei-Café-Gasse wieder zum Versammlungsort der schulentlassenen Jugend geworden, die bis nach Mitternacht auf ihrem sonderbaren Pfosten herumsegelt. Es ist notwendig, daß diesem Treiben ein Ende gemacht wird.

Zur Kulturwoche des Arbeiter-Sängerbundes haben wir das Vorkursprogramm bereits veröffentlicht. Wir weisen heute noch einmal auf den Vortragsabend am Dienstag in der Aula der Stadtschule hin, auf dem W. G. A. n. c. l. (Berlin) über das Thema „Ist der Deutsche Arbeiter-Sängerbund eine Volkskulturbewegung?“ sprechen wird. Uffmannsche Melodien rahmen die Veranstaltung ein. Der Donnerstag wird mit seinem Kammermusikabend den Höhepunkt der Woche bringen. Als Ausführende wurden gewonnen die Konzertmeister G. Otto (I. Violine), L. Fischer (2. Violine), K. Meyer (Viola) und Fr. Rupprecht (Violoncello), sämtlich vom Friedrich-Theater Dessau; sie werden uns Haydn, Mozart und Beethoven zu Gehör bringen. — Genossen, unterstützt die Bestrebungen unserer Sänger. Alle große Kunst zieht ihre Kraft aus der Zeit. Seit dem Erwachen des Proletariats kommt der große Auftrieb von unten her. Kunst ist Volksangelegenheit geworden. Tief aus dem Volke heraus ringt sich das Schöne. Die Kunst wuchtet im Volksgemüt; sie steht wie jede Tätigkeit menschlichen Geistes im Zusammenhang mit dem Geiste der Zeit. Das Programm der Kulturwoche umfaßt die gesamte Kulturarbeit der Arbeiterklasse. Arbeitergefangen, Arbeiterbildung und Arbeiterport, aus revolutionärem Antrieb geboren und aus der Erkenntnis der Gegenwart heraus nach Neuland suchend, gehen den großen Gang der Befreiung, machen die Kräfte hell und die Herzen weit und zeigen den Zukunftsläufigen die neue Straße in das Sonnenland des Sozialismus. Darum: Kommt alle zu den Brüdern, die unsre liebgewordene Sehnsucht fügen!

Snodau

Die Ladentasse wurde im Maßbergischen Café ausgeraubt. Der Täter benutzte die Gelegenheiten, als die Tochter des Hauses im Nebenraum war und ging durch ein Fenster ins Freie. Die sofort angestellten Ermittlungen blieben erfolglos.

Söderburg

Parteiversammlung. Die Neuwahl eines Kassierers mußte vorgenommen werden, da Genosse Bernhardi sein Amt niedergelegt hat. Es wurde Genosse Richard Bode gewählt. Genosse Diez (Magdeburg) erstattete Bericht vom Parteitag. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Hoffmann und K. m. e. Zum Parteitag in Barby am 3. Juli wird durch Rundfrage die Teilnehmerzahl festgesetzt werden. Der Film vom Parteitag soll vorgeführt werden. Neu beschaffte sozialistische Bücher können beim Genossen K. m. e. entliehen werden. Die Berichte über die Gemeindevorsteher- und Kreisratstätigkeit werden in der nächsten Parteiverammlung gegeben werden.

Schönebeck-Felgeleben

Der Kaninchen- und Geflügelzuchtverein veranstaltet am Sonntag den 26. Juni eine Besichtigungsfahrt nach der Lehr- und Versuchsgesellschaft bei Halle a. d. S. Die Kosten werden etwa 5 Mark betragen. Liebhabern ist hier die Möglichkeit geboten, ihre Erfahrungen zu bereichern. Teilnehmer müssen sich bei Karl Hoffmann, Siedlung, melden.

Der Ortsverband der Schrebergartenvereine veranstaltet in Felgeleben am 24. und 26. Juli sein Sommerfest mit anschließendem Kinderfest und Mittag.

Parteiversammlung am Freitag den 24. Juni, 20 Uhr, bei Herjen. Genosse Peters berichtet vom Parteitag. Auch die Frauen müssen zur Versammlung kommen.

Schönebeck

Zum Polizeiamts-Neubau. Mit dem Beginn des Baues wird aller Voraussicht nach eine Neuerschließung des gesamten Geländes Kleinweißfabrik über den Mannlichen Garten zur Brücke erfolgen. Der Plan, der schon einmal bei der Erbauung der Brücke bestand, in geradem Zuge der Brückenachse die Straße hinunterzuführen bis zum Friedensplatz, wird dadurch wieder in den Vordergrund gestellt. Ohne Zweifel ist die ideale Lösung vom Standort des Städtebaues und der jetzigen Aufgaben zur Verwirklichung des gesteigerten Verkehrs die gerade Vorkürzung der Brückenstraße. Aus diesem Grunde wird ja schon die Straße an der westlichen Giebelwand des Polizeiamtes eine Breite bis zum gegenüberliegenden Grundstück des Schmiedemeisters Renelt

Einbrecherfahrten in die Provinz

Auf der Anklagebank des erweiterten Schöffengerichts in Magdeburg sitzt eine buntgemischte Gesellschaft. Männer und Frauen. Vorbestrafte und Unbestrafte. Arbeiter, Gefrauen, Möbelhändler und Juwelenhändler. Dreizehn an der Zahl. Zwei der Männer spielen die Hauptrolle. Da ist zunächst der Schlosser Willi Schumann aus Magdeburg, ein vielfach vorbestrafter Mann, der erst vor einiger Zeit 3 Jahre Zuchthaus abgeübt hat. Im Mai 1925 saß Schumann in Haft und sollte in Vorkasse eine kleine Geschichte vor dem dortigen Amtsgericht ins Reine bringen. Schumann hatte aber vor den Männern im schwarzen Talar derartigen Respekt, daß er es vorzog, seinem Wärter durchzubrennen.

Er ging nach Magdeburg und quartierte sich bei einer Frau Juter ein, die gleichfalls mit auf der Anklagebank sitzt. Schumann erzählt: „Als ich geflüchtet war, was übrigens Frau Juter wußte, hatte ich die feste Absicht, hinter meinem bisherigen Leben einen dicken Strich zu machen und ein neues Leben zu beginnen. Mein Vater wollte mir helfen: ich sollte ins Ausland. Mein Vater hatte zu diesem Zweck eine Hypothek aufgenommen. Das Geld wurde ihm aber von der Polizei gesperrt. Ich sagte das so auf, daß die Polizei kein Interesse daran hat, ob sich ehemalige Verbrecher einem andern Leben zuwenden oder nicht. Weil ich das Geld durch die Schuld der Polizei von meinem Vater nicht bekommen konnte, war mir alles egal. Ich stahl, wo es etwas zu holen gab!“

Schumann hat dann auch gestohlen.

16 Einbrüche im Magdeburger Bezirk

joll er allein und mit andern ausgeführt haben. Wertvolle Beute hat er des öfters gemacht, so daß er ohne zu arbeiten ein angenehmes Leben führen konnte. Sein Hauptkomplize war der Fahrer Borzdorf, der aber vor dem Schöffengericht jebe Teilnahmestrafen an den Streifzügen des Schumann abstrich. Als Borzdorf festgenommen wurde, hat er einen andern Standpunkt eingenommen. Auch Frau Juter sagt, daß Borzdorf gewußt hat, was Schumann trieb und sogar mit dabei gewesen ist. Borzdorf will dagegen „nur“ gestohlen haben. Diebstahl gibt er nicht zu. Belastet wird er vor allem von Schumann, der seine Bahn machen will und nicht einzieht, warum nur er ins Zuchthaus soll. Er gibt an, daß sich Borzdorf an sechs Einbrüchen beteiligt hat. Der dritte im Bunde war der Arbeiter Erich Jakob, der es aber vorgezogen hat, so rechtzeitig aus Magdeburg zu verschwinden, daß ihn die Polizei bis heute noch nicht fassen konnte. Jakob hat gemeinschaftlich mit Schumann vier Einbrüche ausgeführt. Alle übrigen Angeklagten haben Sachen von den Angeklagten gekauft, obwohl sie annehmen mußten, daß sie Diebstahl kauften.

Die Reihe der Einbrüche beginnt mit einem Diebstahl bei Direktor Meißner in Gröden, wo den Dieben ein Fernglas, ein Revolver, eine Uhr und Zigarren in die Hände fielen. Etwas reicher war die Beute aus der Villa des Direktors Albrecht in Neuhaldeleben, dem mehrere Pelze und Fahrräder im Werte von über 3000 Mark gestohlen wurden. Borzdorf hat die wertvollen Pelze an seinen Schwager, den Möbelhändler Liebegott in Staßfurt verkauft. Eine Frau Wien, die ebenfalls wegen Gehelei angeklagt ist, hat einen Polar-Nachtrag für 25 Mark gekauft. Schumann brauchte zu Anfang seiner „Tätigkeit“ dringende Kleingeld. Daher die billigen Pelze. Schumann und Borzdorf zogen dann einige Tage später nach Alexandersee, wo sie aus der Laube eines Gartens sich eine Leiter zu verschaffen mußten, mit der sie in die erste Etage der Wohnung des Direktors Meißner eindrangen. Die Scheiben eines Fensters wurden zertrümmert und dann gründlich behälter durchgehöhelt. Auch hier war die Beute absolut nicht gering. Bargeld und Silbergegenstände fielen den Einbrechern in die Hände. Der Schaden beträgt auch hier mehrere tausend Mark. Für einen Teil des Silbers und gestohlener Wäsche zahlte Frau Wien wieder großzügig 35 Mark.

Schaufensterdieben werden eingeschlagen.

Der nächste Ort, den die Einbrecher Schumann und Borzdorf aufsuchten, war Eilsleben. Beim Gastwirt Schwent wurden Waffen und eine Standuhr gestohlen. Von Eilsleben ging

es nach Wefensleben. Die Beute war hier nicht allzuwertvoll. Aus dem Keller einer Villa wurde Schinken und Wurst gestohlen. Wenige Tage darauf befand sich Schumann in Staßfurt, wo er mit dem flüchtigen Jakob die Schaufensterdiebe eines Uhrmachers einschlug und 18 Uhren stahl. Jakob erhielt sechs Uhren, den Rest „verschärfte“ Schumann auf eigene Rechnung. Die Mitangeklagten Vinzelberg, Kajentrug und Engelmann sollen je eine Uhr gekauft haben. Im März 1928 trafen sich Schumann und Jakob in Langenweddingen und stahlen der Firma Heinemann Wäsche, mehrere Posten Semden und Arbeitshofen.

In Gröningen wurden die Diebstahlsfahrten gefährlicher. Aus einer Gartenlaube in Gröningen holten Schumann und Jakob 100 Kisten Sprengkapseln heraus. Wie die dahingekommen sind, wird vom Gericht nicht erzählt. Da Sprengkapseln für Einbrecher nur einen Eventualwert haben, wurde in derselben Nacht noch ein Konfektionsgeschäft heimgesucht, aus dem elf Summimäntel gestohlen wurden. Wenige Zeit später wird eines Nachts ebenfalls einem Kaufmann in Egelu die Schaufensterdiebe eingeschlagen, dem ein großer Posten Lebensmittel gestohlen wurde. Vinzelberg, der wegen Gehelei auf der Anklagebank sitzt, hat die Beute später mit abgeholt, natürlich „ohne sich etwas dabei zu denken“.

Dann ist Schumann eine Weile allein auf Diebstahlsfahrten gewesen. Den geladenen Revolver trug er stets bei sich in der Tasche. Einmal hat er sogar auf seine Verfolger geschossen, ohne aber Unheil anrichten zu können. Monate später besuchte er wieder die Villa Albrecht in Neuhaldeleben, in der er und Borzdorf schon einmal reiche Beute gemacht hatten. Pelze und Kleidungsstücke ließ er auch diesmal wieder mitgehen. Einige Tage später bricht Schumann bei dem Kaufmann Kappilber in Staßfurt ein, dem er eine Pelzjacke und einen Pelztragen stiehlt. Die Sachen hat Frau Wien später für 200 Mark verkauft. Am 25. Januar 1926 schlägt Schumann in der Nacht abermals die Schaufensterdiebe eines Kaufmanns in Staßfurt ein und erbeutet einen Anzug, einen Mantel und Kleidungsstücke. Wenige Tage darauf stiehlt er auf dem Bahnhof in Heddingen ein Fahrrad.

Mit Sprengkapseln und Zündschnur.

Dem Bahnhof Heddingen staltete er gleich darauf einen zweiten Besuch ab, wo er mittels einer Sprengkapsel und Zündschnur den Stationsgeldschrank in die Luft jagte. Es ist aber beim Versuch geblieben, da die Sprengmasse glücklicherweise nicht explodierte. Aus Verzweiflung nahm Schumann dafür einen Karton Schuhe mit.

Mit Sprengkapseln und Zündschnur arbeitete Schumann im März 1926 noch einmal auf dem Bahnhof in Bördorf. Auch dort versuchte er den Stationsgeldschrank zu öffnen. Diesmal glückte die Explosion. In dem größten Leidwesen des Einbrechers befanden sich in dem Geldschrank aber nur 10 deutsche Reichsmark. Kurz darauf wurde Schumann und Borzdorf verhaftet.

Die mitangeklagten Gehele wollen sämtlich unschuldig sein. Frau Wien, die dem Schumann einen Polar-Nachtrag, der etwa 1000 Mark gekostet hat, für 25 Mark abkaufte, erklärt, sie kenne Schumann nur als Ehrenmann. Und von Ehrenmännern könne sie alles kaufen. Frau Juter will Schumann aus Mitleid in ihrer Wohnung aufgenommen haben. Sie gibt zu, gewußt zu haben, daß Schumann von der Polizei gesucht wurde. Die übrigen Angeklagten streiten alle. Auch der Schwager des Borzdorf, der Möbelhändler Liebegott, will in gutem Glauben gehandelt haben, als er für einen Spottpreis dem Borzdorf mehrere wertvolle Pelze abkaufte.

Das Urteil.

Das Gericht verurteilt Schumann zu fünf Jahren Zuchthaus. Einige weitere Angeklagte wurden mit Gefängnisstrafen bis zu 4 Monaten oder Geldstrafen bis zu 50 Mark verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen, gegen einen wurde das Verfahren eingestellt. Gegen den zweiten Hauptangeklagten Borzdorf wurde das Verfahren abgetrennt, da gegen ihn noch weiteres Beweismaterial herbeigeschafft werden soll. — nn.

bis zu 32 Meter erhalten. Ferner wird die Poststraße, soweit die Grenze der ehemaligen Kleinweißfabrik in Frage kommt, verbreitert, so daß vom Reichlichen Grundstück, Marktstraße, bis Königstraßenstraße eine gerade Durchlinie entsteht. Die Durchführung der Straße vom Friedensplatz in gerader Linie zur Brücke ist ja auch nur noch eine Frage der Zeit und des Geldes. Der Fluchtlinienplan ist schon vor einigen Jahren festgesetzt, so daß die Stadt imjandee ist, wenn die Mittel es erlauben, mit der Planung und Ausführung der Straße zu beginnen. Dadurch wird vermutlich die Verbindung Grabenstraße überflüssig und jedenfalls eingezogen werden. In verkehrstechnischer Hinsicht wäre zu wünschen, wenn der ganze Plan bald verwirklicht werden könnte; damit würde unzweifelhaft eine Entlastung des Marktes wie auch des Salztores von schnellfahrenden Kraftwagen gegeben sein. Sämtliches Fußgänger, das von und nach der Brücke will und soweit es die Salztor Straße passiert, könnte dann bequem unter Benutzung der Friedhöfstraße zur Brücke gelangen. Fahrzeuge in Richtung Königstraße würden den Marktplatz gar nicht mehr berühren. Die jetzige Anlage einseitig der Brückenrampe würde dann auf gleiche Höhe mit den entstandenen Straßen gebracht werden müssen, so daß dann, wenn links und rechts neben der neu zu erstehenden Straße auch mit dem Hausbau, soweit es möglich ist, begonnen würde, hier eine vom Standpunkt des Städtebaues geradezu ideale Lösung ersehen würde. Dann den Bemühungen des hiesigen Spars- und Bauvereins ist ja die ehemalige Kleinweißfabrik bald befreit. Der Friedensplatz mit dem schönen Reagenzhaus, über den Platz weg das gut aussehende Mannliche Wohnhaus und dann das neue Polizeiamt würden dort für Schönbeid ein sehr schönes Stadtviertel schaffen. Hoffen wir, daß die Stadt bald die Mittel dafür schaffen kann. Ein Straßenbild, würdig dem einer Großstadt, würde dafür entstehen.

Stadtfreis Wihersleben

Der Verband für Freizeitsport und Feuerbestattung hielt eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Die Ortsgruppe wächst ständig; so sind im letzten Vierteljahr wieder 65 neue Mitglieder hinzugekommen. Am Sonnabend den 25. Juni veranstaltet der Verein mit der Freireligiösen Gemeinde auf dem Hummelberg eine Sonnenwendfeier. Am 3. Juli, morgens 10 Uhr, ist in Dessau ein Freizeitsporttreffen einberufen. Es wird gebeten, zahlreich daran teilzunehmen. Eine sehr lebhaft ausgefallene Entscheidung über Vereinsangelegenheiten. Die von der städtischen Körperschaft herabgesetzten Gebühren für einen Urnengrab nach den Vorschlägen der Ortsgruppe wurden bekanntgegeben.

Stadtfreis Wihersleben

Die Arbeitsmarktlage hat sich im Mai allgemein gebessert. Der Landwirtschaft konnten die noch zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte zugeführt werden, jedoch war der Bedarf an jüngern landwirtschaftlichen Arbeitern nicht zu bedenken. Die Lage in der Metallindustrie war wesentlich besser, es konnten alle Berufsarten vermittelt werden und zum Teil war noch ein gewisser Mangel an Arbeitskräften eingetreten. Das Holzgewerbe sowie Metallgewerbe war im Berichtsmonat unverändert geblieben. Im Bauwesen war außer nach Zimmerern stetig Nachfrage; sie konnte durch Ueberweisung aus andern Bezirken befriedigt werden. In den andern Berufen war die Lage unverändert. Bei ungelerten Arbeitskräften war die Vermittlung gut, es konnten verschiedenen Berufen Hilfskräfte zugewiesen werden. Für weibliche Arbeits-

kräfte zeigten sich Landwirtschaft und Industrie aufnahmefähig. Gut angelegene Kräfte konnten im Haushalt untergebracht werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen im Bezirk betrug 864 Personen, davon entfielen auf preußische Gemeinden 463 und auf anhaltische Gemeinden 401 Personen, in Staßfurt allein belief sich die Zahl auf 342 Personen. Die Gesamtzahl der unterstützten Kriegsvorgeschädigten im Bezirk betrug 229.

Stadtfreis Wihersleben

Den Gewerbetreibenden, die männliche Gehilfen beschäftigen, ist eine Veranlagung zu den Berufsschulbeiträgen zugegangen. Es gelangen damit erst die Beiträge für das 2. Halbjahr des Etatsjahres 1926/27 zur Einhebung. Die Veranlagung erstreckt sich auf alle Arbeitgeber und Gewerbetreibenden, ohne Rücksicht darauf, ob solche Personen beschäftigt werden, die berufsschulpflichtig sind. Kaufmännische Angestellte beiderlei Geschlechts sowie sonstige weibliche Arbeitnehmer sind von der Veranlagung ausgeschlossen. Einsprüche gegen die Veranlagung können unter Angabe der Gründe beim Magistrat schriftlich erfolgen. Bereits in dem vorausgegangenen Veranlagungs schreiben vom 29. November 1926 ist betont, daß die Veranlagung und Einhebung der Beiträge zur Berufsschule in zwei Teilen erfolgen muß, um eine gerechte Verteilung zu ermöglichen. Der im 1. Halbjahr zur Einhebung gelangene Satz von 20 Mk. konnte nicht aufrechterhalten werden, weil durch die Verminderung der Zahl der Arbeitnehmer (Stilllegung der Anna) ein bedeutender Ausfall an Beiträgen eingetreten wäre. Der Ausfall muß nun von den andern Arbeitgebern mit übernommen werden. Es ist demzufolge nun 260 Mark für jeden männlichen Arbeitnehmer zu zahlen. Als Stichtag für die Veranlagung gilt der 1. Dezember 1926. Mit dem lehrerwählten Satz hat sich sowohl die Industrie- und Handelskammer als auch die Handwerkskammer einverstanden erklärt. Die veranlagten Beträge sind innerhalb 4 Wochen nach Zustellung der Veranlagung bei der Steuerkasse einzuzahlen.

Kreis Wanzleben

Parteiabend in Hohendobeleben.

Unter harter Beteiligung der Mitgliedschaft der Ortsvereine des Kreises Wanzleben fand am Sonnabend und Sonntag in Hohendobeleben das Kreisparteiabend aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Ortsvereins statt. Wir werden in der nächsten Nummer der „Volksstimme“ eingehend über die imposanten Veranstaltungen berichten.

In der zahlreichen Glückwünsche zum Parteijubiläum befindet sich auch ein Glückwunschs-Telegramm unser Reichstagsabgeordneter Herrmann Eilberich mit folgenden Wortlaut: „Herzlichen Glückwunsch der Organisation und den Jubilaren.“ Der Unterbezirksvorstand bringt seinen

herzlichen Dank

für das gute Gelingen des Festes folgendermaßen zum Ausdruck: „Nach dem Abklingen unsern glänzend verlaufenen Parteiabends für den Kreis Wanzleben ist es unsre Ehrenpflicht, allen Mitwirkenden unsere aufrichtigste Anerkennung auszusprechen. Der Parteileitung und der gesamten sozialistischen Arbeiterschaft Hohendobelebens für ihre außerordentliche Unterstützung und begeisterte

Anteilnahme in erster Linie herzlichen Dank. Dann aber müssen wir unsere lieben Arbeiterkämpfer, der Spielführer der Magdeburger Arbeiterjugend, für ihre über alles Lob erhabene Energie und heitere Mitarbeit danken. Die Darbietungen der Arbeiterjugend, des Magdeburger Konzertorchesters und zu unserer aller Freude die hochwertigen Leistungen der Turner und Turnerinnen werden allen Teilnehmern in herrlicher Erinnerung bleiben.

Die ernste Arbeit hat nach der Freizeitspaße wieder begonnen. Als mahnendes Beispiel hat uns die Hohendobeleber Arbeiterjugend durch ihre lückenlose sozialistische Einheitsfront gezeigt, daß wir in der Zukunft nicht nur kämpfen, sondern auch siegen werden. Mit der Begeisterung der Festtage gehen wir an die Arbeit und schaffen ununterbrochen und ununterbrochen am Werke der sozialistischen Zukunft.

Mit Parteigrüß
Der Unterbezirksvorstand. J. A. Ernst Schumacher.

Egeln

Frauenabend am Dienstag den 21. Juni, 20 Uhr. Landtags-
abgeordnete Genossin Vollmann berichtet über die Reichs-
frauenkonferenz und die Arbeiterwohlfahrtskongress.

Aus der Altmark

ParteiSekretariat Stendal, Rathenower Straße 27.

ParteiGenossen und -genossinnen! Das ParteiSekretariat für die Altmark in Stendal befindet sich von jetzt an nicht mehr in der Brüderstraße 16, sondern im Gewerkschaftshaus, Rathenower Straße 27, Eingang Hof links parterre. Alle Aufschriften sind dorthin zu adressieren. Die Telefonnummer bleibt 128. Die Vereinsvorstände werden gebeten, die Adressen-
änderung in den Mitgliederbeständen bekanntzugeben. Die Auskunftserteilung ist nach wie vor vormittags und nachmittags.
Karl Müller, ParteiSekretär.

Schönwalde

Ein Autounfall, der sehr leicht schwere Folgen haben konnte, ereignete sich am Sonntag mittag auf der Chaussee von Schönwalde nach Egeln. Beim Ausbiegen eines Motorrades verlor der Führer eines Wagens aus Dresden die Gewalt über sein Auto und stieß mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Benzowagen zusammen. Von zwei darin sitzenden Damen lag eine heraus und blieb eine kurze Zeit ohne Bewußtsein, erholte sich aber bald wieder. Sie erlitt einen Beinbruch und mehrere leichte Kopfverletzungen.

Zangerhütte

Nach glimpflich abgegangen. Wie leicht ein Unglück entstehen kann, wenn Radfahrer ohne Hosenkappe fahren, zeigte am Sonntagabend wieder ein Fall. Ein junger Mann fuhr in der Bismarckstraße über die Bahn. Der Wind wehte seine Hosen in das Rad und er kam zu Fall und so unglücklich unter das Rad zu liegen, daß er sich nicht allein aus seiner Lage befreien konnte. Da am Bahnübergang der Verkehr immer sehr stark ist und sich auch noch ein Auto näherte, sprangen zwei junge Mädchen hinzu und waren ihm behilflich. Der Unfall ging diesmal noch glimpflich ab.

Zangermünde

Der Besuch der Parteiverammlung ließ viel zu wünschen übrig. ParteiSekretär Genosse Müller gab den Bericht vom Parteitag in Kiel. Er erwähnte die Erscheinungen, in dem Geiste, von dem die Verhandlungen des Parteitag getragen wurden, innerhalb der Ortsgruppe weiter zu wirken und zu werben. Gerade Zangermünde bietet dafür noch ein großes Tätigkeitsfeld in bezug auf Parteiorganisation und Presse. In der Diskussion sprachen die Genossen Karh und Krüger. Der Film vom Kieler Parteitag soll auch hier vorgeführt werden. Der Vortrag wurde beauftragt, sich mit dem hiesigen Kinobesitzer in Verbindung zu setzen wegen der Aufführung des Filmes. Die Wahl eines Jugendleiters und eines Berichterstatters für die „Volksstimme“, welche durch Fortzug des Genossen Lewin notwendig wird, wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Am Schluß der Versammlung bildete eine lebhafte Debatte über die Schaffung einer Parteizentrale.

Folgendes: Schweinefleisch Pfund 90 Pf., Koteletten Pfund 1,10 Mark, Filet 1,20, Schmalz 1,20, Reismehl 1,40 bis 1,50, Polnische 1,40, Jagdwurst 1,40, Speck 1,20, Schmalz 1,20, Kochwurst 1,00, Rindfleisch 1,20 Mark, Eier Stück 10 Pf., Landbutter Pfund 1,70 Mark, Salat Kopf 10 Pf., Stachelbeeren Pfund 25 Pf., Erdbeeren Pfund 1 Mark, Spargel 30 bis 70 Pf., Kirchen Pfund 75 Pf.

vermitteln und verjagte, den Vater zu beruhigen. Dadurch geriet dieser jedoch noch mehr in Wut und drang erst mit einer Gabel, dann mit einer Sense auf den Sohn ein. Dieser wehrte sich und es kam zu einem Handgemenge, bei welchem der Sohn mit der Sense eine gefährliche Verletzung am linken Arm erhielt, welche seine sofortige Ueberführung in das Stendaler Johanniter-Krankenhaus notwendig machte.

Die Generalversammlung der Konsum- und Produktiv-Genossenschaft fand am Donnerstag in der „Königin Luise“ statt. Der Geschäftsführer, Genosse Hoffmann, berichtete über die ersten 6 Monate des laufenden Geschäftsjahres. Der Umsatz hat sich auf 134 800 Mark erhöht gegen 96 800 Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das ist ein Mehr von 38 000 Mark oder rund 40 Prozent. Trotz der wirtschaftlichen Krise, unter der unsere Stadt und vor allem die arbeitende Bevölkerung zu leiden habe, zeigt sich doch ein festes Vorwärtsschreiten der Genossenschaft und eine erfreuliche Ausbreitung des genossenschaftlichen Gedankens unter der Arbeiterschaft, was sich auch in der von 982 auf 1014 gestiegenen Mitgliederzahl ausdrückt. Das Schmerzenskind der Genossenschaft ist nach wie vor die Bäckerei. Wenn auch hier eine Steigerung des Umsatzes zu verzeichnen ist, so hält doch diese mit der Steigerung des Gesamtumsatzes bei weitem nicht Schritt. Die Sparkasse hat sich weiter günstig entwickelt. Ihre Kassenlage erlaubt es, daß alte oder bedürftige Genossen, die ein Aufmerksamkeitsguthaben bei der Konsumsparkasse haben, auf Antrag schon jetzt Teile ihres Guthabens ausgezahlt erhalten können. Im Dezember d. J. sind dreißig Jahre seit der Gründung der Genossenschaft vergangen. Das soll durch eine der Zeit entsprechende würdige Feier festlich begangen werden; geplant ist unter anderem eine größere Warenausstellung. Die dem Geschäftsbericht folgende, zeitweise etwas stürmische Diskussion befaßte sich hauptsächlich mit einigen in dem Bericht angeführten Fragen. Anschließend fanden dann die Wahlen für die jahresgemäße ausübenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder statt. In den Vorstand wurde an Stelle des Genossen Kumbier, der eine Wiederwahl ablehnte, der Genosse Baumann; in den Aufsichtsrat wurden die Genossen A. Liermann und Böwe jun. gewählt. Nach Erledigung einiger kleiner Angelegenheiten erfolgte erst weit nach Mitternacht der Schluß der Versammlung.

Öffentliche Volksbücherei Sangermünde

Knabenstraße Vindenzstr. Gedörrn Mittwoch 4-6 Uhr

Arneburg

Unfall bei der Arbeit. Beim Dungfahren stürzte der Landwirt Seemann vom Ackermager und wurde verletzt. In der Nähe auf einem Feldweg lag ein Stein, der beim Ueberfahren den Wagen erschütterte, so daß der Führer im Schreck vom Wagen stürzte. Er kam so unglücklich zu liegen, daß ein Vorderrad über ihn hinwegging. Dabei erlitt er einen Rippenbruch und eine leichte Gehirnerschütterung. Auf dem Felde beschäftigte Arbeiter schafften den Bewußtlosen in seine Wohnung. Erst nach einigen Stunden kam er wieder zu sich.

Gardelegen

Frauenversammlung am Mittwoch den 22. Juni, 20.30 Uhr, im Lokal von Schmidt „Reichskrone“. Genossin Viktor (Magdeburg) wird über die Reichsfrauenkonferenz berichten. Außerdem ist Besprechung der Fahrt nach Neuhausleben. Gäste sind willkommen.

Osterburg

Auf dem Wochenmarkt waren 400 Ferkel und 30 Kühe angefahren. Die Preise waren fallend, der Handel mäßig. Es kosteten bis 6 Wochen alte Ferkel 8 bis 11 Mark, 6 bis 8 Wochen alte 9 bis 12 Mark, 8 bis 10 Wochen alte 10 bis 14 Mark, 10 bis 12 Wochen alte 14 bis 18 Mark, Ferkel wurden mit 18 bis 40 Mark veräußert.

Stadtkreis Stendal

Vom Wochenmarkt am Sonntag. Die Preise waren folgende: Schweinefleisch Pfund 90 Pf., Koteletten Pfund 1,10 Mark, Filet 1,20, Schmalz 1,20, Reismehl 1,40 bis 1,50, Polnische 1,40, Jagdwurst 1,40, Speck 1,20, Schmalz 1,20, Kochwurst 1,00, Rindfleisch 1,20 Mark, Eier Stück 10 Pf., Landbutter Pfund 1,70 Mark, Salat Kopf 10 Pf., Stachelbeeren Pfund 25 Pf., Erdbeeren Pfund 1 Mark, Spargel 30 bis 70 Pf., Kirchen Pfund 75 Pf.

Radsfahrern beachten. Die Polizeiverwaltung macht erneut auf die Befolgung der Vorschriften für Radfahrer aufmerksam. Hauptächlich kommen in Frage: Fahren mit mäßiger Geschwindigkeit in der Stadt; rechts fahren; Nichtbefahren der Bürgersteige, öffentlichen Plätze, Promenaden und Anlagen; vorschriftsmäßiges Einbiegen in Straßen, Ausweichen nach rechts; Ueberholen links; rechtzeitiges Geben des Glockenzeichens, Beleuchtung des Rades bei Dunkelheit.

Straßen säubern! Die Polizeiverwaltung gibt folgendes bekannt: „Durch unsachgemäße Reinigung der Straßen wird viel Staub erzeugt und das Publikum arg belästigt. Wir weisen deshalb die zur Reinigung Verpflichteten auf die Vorschrift hin, daß bei trockner Witterung die Straßen vor dem kehren so gesprengt werden müssen, daß der Staub gelöst wird.“

Vom Auto verlegt. Am Freitag nach 21 Uhr ereignete sich an der Ecke Arneburger Straße, Hafereiter Weg und Schützenstraße ein Zusammenstoß zwischen Auto und Radfahrer. Von der Arneburger Chaussee her kamen mehrere Radler die in die Bismarckstraße einbiegen wollten, als von der Parkstraße her ein Auto, das noch ein andres im Schlepplau hatte, diese verkehrssichere Straßengabelung passieren wollte. Dabei fuhr ein Fräulein G. gegen das Auto. Sie wurde vom Rade heruntergerissen, kam unter das Auto zu liegen und wurde verlegt. Die Verletzungen sind glücklicherweise nicht ernster Natur.

Wem gehören die Sachen? Auf dem Hundsbau sind in letzter Woche als gefunden abgegeben worden: 1 Gelbtasche, 1 Rejuchtasche, 1 Taschenuhrgehänge, 1 Angestelltenversicherungsmark, 1 Paar Turnschuhe, 1 Beutel mit Kinderwäcker und Zeugnishüllen.

Die Landbevölkerung betrogen haben zwei „Serren“ aus Neuhausleben, die in der Altmark ihr Unwesen trieben, indem sie sich zum Reparieren von Uhren und Nähmaschinen anboten. Die beiden Schwindler, der Dachdeckermeister W. und der Uhrmacher L., beide aus Neuhausleben, müßten deshalb auf der Anklagebank des Schöffengerichts in Stendal Platz nehmen. Beide sind schon bestraft. Zu Anfang dieses Jahres begaben sie sich nach Salchau und verjagten, die Einwohner in der Umgebung zu bewegen, Uhren und Nähmaschinen von ihnen unterfragen zu lassen. Es fand sich für die zwei reichlich Arbeit. Den Leuten erzählten sie, daß sie Uhrmacher und Mechaniker seien und die Sachen wieder in Ordnung brächten. O weh, bald merkte man den Spuk. Die Uhren und Nähmaschinen hatten nach wie vor denselben Defekt. Leider hatten sie schon die Reparaturkosten in ihre Taschen eingesteckt, und die Leute waren gezerrt. Man stellte die Betrüger zur Rede. Die waren um Ansehen nicht besorgt, und man verhängte erst, von Gardelegen Ersatzteile beschaffen zu wollen, dann würde alles in Ordnung sein. Die Ersatzteile fehlten aber heimlich. Unterdes hatten sich die Reparaturkosten bereits aus dem Staube gemacht. Dann mußten die Angeklagten aber den Weg ins Gericht antreten. Alle ihre Versicherungen nützen ihnen vor Gericht nichts mehr. W. wird wegen Betrugs zu drei Monaten Gefängnis, der Angeklagte L. wegen desselben Delikts im Rückfall zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. W. kann in die Freiheit zurückgehen, da die Strafe durch die Untersuchungshaft als verbüßt gilt. L. braucht nur noch 2 Monate abzumachen, da 4 Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten.

Aus Einbildung oder Böswilligkeit? Vor dem Schöffengericht hatte sich die Ehefrau Alma W. aus Schwanefeld zu verantworten, weil sie eine wissenschaftlich falsche Anzeige erstattet hatte. Dem Oberlandjäger in Penndorf sagte sie, von den Eheleuten geschlagen worden zu sein und verlangte Sühne dafür. Es kam aber anders, denn es stellte sich heraus, daß die ganze Geschichte erfunden war. Nun kam die Frau vor dem Richter und wurde zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Niederndobeleben. Am Mittwoch um 20 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant zur Eisenbahn. Das Erscheinen der Eliteklasse ist besonders notwendig.

Willst Du Promieren,
auf zu Promieren,
Bismarckstr. 29.

Rheumatischer loben die gute Wirkung des berühmten lichen Zephtiger Tees — 1,25 2,00
Hof-Apotheke Magdeburg, Breiter Weg 158.

Polizeiverordnung

betreffend Bekämpfung von Diebstählen an Ferkeln und Gänsebrütern im Stadtkreis Stendal.

Im Grund der §§ 3, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung Seite 25) in Verbindung mit § 15 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1891 wird mit Zustimmung des Magistrats und mit Genehmigung des Herrn Regierungsrätspräsidenten zu Magdeburg hinsichtlich der Bekämpfung von Diebstählen folgende Polizeiverordnung für den Stadtkreis Stendal erlassen.

1. Niemand darf in der Zeit zwischen dem 1. März und 1. September 1927 einen Ferkel oder Gänsebrütern außerhalb der öffentlichen Straßen und Wege belästigen und Schaden anrichten. Die Befugnisse der Polizeiverwaltung sind hinsichtlich der Bekämpfung von Diebstählen folgende: 1. Die Polizeiverwaltung tritt mit dem Magistrat in Verbindung. 2. Die Polizeiverwaltung tritt mit dem Magistrat in Verbindung. 3. Die Polizeiverwaltung tritt mit dem Magistrat in Verbindung.

Gebührenverzeichnis

für die Woche vom 21. bis 27. Juni 1927

Die Gebühren werden vom 21. Juni 1927 an erhoben. Der Magistrat.

Schwarzengrün

und eingetragene Marken

Magdeburg, den 17. Juni 1927.

Schwarzengrün

Magdeburg, den 17. Juni 1927.

Wenn sie ein gutes
Seifenpulver
suchen!



Dixin

Stadtesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Stiftung.
Todesfälle. 1. Juni. Krankeinführung:
Herrn Gustav Hübner, 67 J., Kassenbote Otto
George aus Berlin, 53 J., Lechner Carl Söhne,
2. Juni. Schwanitz Georg Herbst, 51 J.,
Geheimhermann Söhne, 63 J.

Danksgiving.

Für die herzliche Teilnahme und die zahlreichen Kranzpenden beim Begräbnis unserer lieben Mutter sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten sowie den Bewohnern des Hauses Fichtstraße 44, dem Gartenverein Flora (Plan S Eudenberg), dem Gärtnereibetrieb Krantzenhaus Eudenberg und Herrn Harri Rauer für die wertvolle Darbietung der Choralgesellschaft herzlichen Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Görnemann für die trefflichen Worte. Die trauernden Hinterbliebenen
König und Böhmer.

Danksgiving.

Für die vielen Gemeine herzlicher Teilnahme, die uns beim Begräbnis unserer lieben Tochter Frieda in so reichem Maße zuteil geworden sind, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank. Besonders danken wir Herrn Lehrer Richter für seine zu Herzen gehende Worte. Ebenso danken wir dem Damen-Gesangsverein für den erhebenden Gesang sowie der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterwohlfahrt für die schöne Kranzpende. Auch Herrn Dr. Haring sowie Schmeier Florentine vielen Dank für die aufopfernde Pflege während der langen Krankheit. Vielen Dank allen Bekannten, die der Entschlafenen so viel Gütes getan haben. Groß-Dietrichsdorf, den 20. Juni 1927.
Heinrich Thomas und Frau

Magdeburger Stadtbank

Abteilung der Städtischen Sparkasse
Bankanstalt unter Gewähr der Stadt Magdeburg

Einlösung von Zinsscheinen und gekündigten Werten.
Mündelsichere, zur Kapitalanlage geeignete Werte stets vorrätig.
Reichsbank-Giro-Konto = Postcheck-Konto Magdeburg Nr. 301
Telephon-Ausschlüsse: Ueber Rathaus Nr. 2439-2449

Witwe Minna Auf nebst Sohn und Schwiegertochter.

Für die vielen Gemeine herzlicher Teilnahme, die uns beim Begräbnis unserer lieben Mutter sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten sowie den Bewohnern des Hauses Fichtstraße 44, dem Gartenverein Flora (Plan S Eudenberg), dem Gärtnereibetrieb Krantzenhaus Eudenberg und Herrn Harri Rauer für die wertvolle Darbietung der Choralgesellschaft herzlichen Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Görnemann für die trefflichen Worte. Die trauernden Hinterbliebenen
König und Böhmer.

Danksgiving.

Für die vielen Gemeine herzlicher Teilnahme, die uns beim Begräbnis unserer lieben Mutter sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten sowie den Bewohnern des Hauses Fichtstraße 44, dem Gartenverein Flora (Plan S Eudenberg), dem Gärtnereibetrieb Krantzenhaus Eudenberg und Herrn Harri Rauer für die wertvolle Darbietung der Choralgesellschaft herzlichen Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Görnemann für die trefflichen Worte. Die trauernden Hinterbliebenen
König und Böhmer.

gerügt. Der Wasserballmann wird beauftragt, eine Statistik über die...
Die Wasserballmann wird beauftragt, eine Statistik über die...
Die Wasserballmann wird beauftragt, eine Statistik über die...

Mitteilungen der Sportvereine

Alle Sportvereine der Stadt Magdeburg...
Alle Sportvereine der Stadt Magdeburg...
Alle Sportvereine der Stadt Magdeburg...

Berufsreport

In der Bestallungshalle in Dortmund...
In der Bestallungshalle in Dortmund...
In der Bestallungshalle in Dortmund...

Aus dem bürgerlichen Sportlager

3. Abendrennen der Union in Magdeburg...
3. Abendrennen der Union in Magdeburg...
3. Abendrennen der Union in Magdeburg...

Kleine Chronik

Die Ozeanflieger in München und Wien...
Chamberlin und Levine sind Sonntag...
Chamberlin und Levine sind Sonntag...

und Professor Tandler im Namen der Wiener Gemeindeverwaltung...
und Professor Tandler im Namen der Wiener Gemeindeverwaltung...
und Professor Tandler im Namen der Wiener Gemeindeverwaltung...

Die Kaffeler Straßenbahner vor Gericht

Am Montag beginnt vor dem Großen Schöffengericht...
Am Montag beginnt vor dem Großen Schöffengericht...
Am Montag beginnt vor dem Großen Schöffengericht...

Segelbootunglück auf der Ostsee

Fünf Studentinnen und drei Studenten der Universität...
Fünf Studentinnen und drei Studenten der Universität...
Fünf Studentinnen und drei Studenten der Universität...

Ein Ostseebüchereidampfer in schwerer Gefahr

Sonntag nachmittag geriet der Ostseebüchereidampfer...
Sonntag nachmittag geriet der Ostseebüchereidampfer...
Sonntag nachmittag geriet der Ostseebüchereidampfer...

Die eigne Frau erdrosselt

Aus Hamburg wird gemeldet: Der 32 Jahre alte Kaufmann...
Aus Hamburg wird gemeldet: Der 32 Jahre alte Kaufmann...
Aus Hamburg wird gemeldet: Der 32 Jahre alte Kaufmann...

Selbstmord eines Zuchthäuslers

Die Berliner Nordkommission wurde am Sonntag vormittag...
Die Berliner Nordkommission wurde am Sonntag vormittag...
Die Berliner Nordkommission wurde am Sonntag vormittag...

Familientragödie

Als der 27jährige Angestellte Reismann aus Berlin-Nieder...
Als der 27jährige Angestellte Reismann aus Berlin-Nieder...
Als der 27jährige Angestellte Reismann aus Berlin-Nieder...

hoffungslos darniederliegt. Aus den Briefen geht das Wort...
hoffungslos darniederliegt. Aus den Briefen geht das Wort...
hoffungslos darniederliegt. Aus den Briefen geht das Wort...

Todesstoß mit einem Taschmesser

Der in der Köpenicker Straße 129 in Berlin wohnende...
Der in der Köpenicker Straße 129 in Berlin wohnende...
Der in der Köpenicker Straße 129 in Berlin wohnende...

Berurteilung eines Bigamisten

Vor einem Berliner Schöffengericht hatte sich Fritz Wilhelm...
Vor einem Berliner Schöffengericht hatte sich Fritz Wilhelm...
Vor einem Berliner Schöffengericht hatte sich Fritz Wilhelm...

Den Vater erschossen

Eine furchtbare Familientragödie ereignete sich in der Ein...
Eine furchtbare Familientragödie ereignete sich in der Ein...
Eine furchtbare Familientragödie ereignete sich in der Ein...

Großer Bankentzug in Hamburg

Ueber 100 000 Mark erschwindelte bei zwei Hamburger...
Ueber 100 000 Mark erschwindelte bei zwei Hamburger...
Ueber 100 000 Mark erschwindelte bei zwei Hamburger...

Oberschlesische Banditen vor Gericht

Vor dem Landgericht Kattowitz kam ein mehrtägiger...
Vor dem Landgericht Kattowitz kam ein mehrtägiger...
Vor dem Landgericht Kattowitz kam ein mehrtägiger...

Die Tragödie eines Abgehauten

In einem Leitmeritzer Hotel erschoss in der Nacht zum Sonn...
In einem Leitmeritzer Hotel erschoss in der Nacht zum Sonn...
In einem Leitmeritzer Hotel erschoss in der Nacht zum Sonn...

Eisenbahnunglück bei Vaku

Auf dem Bahnhof Sumgait unweit Vaku ist ein Personen...
Auf dem Bahnhof Sumgait unweit Vaku ist ein Personen...
Auf dem Bahnhof Sumgait unweit Vaku ist ein Personen...

Opfer eines Windgängers

In Sagunt (Spanien) spielten Kinder auf der Straße...
In Sagunt (Spanien) spielten Kinder auf der Straße...
In Sagunt (Spanien) spielten Kinder auf der Straße...

Der Tod des Torero

Bei einem Stierkampf im Zirkus von Orleans ist der...
Bei einem Stierkampf im Zirkus von Orleans ist der...
Bei einem Stierkampf im Zirkus von Orleans ist der...

60 Opfer eines Bergsturzes in Kolumbien

Wie aus Bogota berichtet wird, ist durch einen Erdrutsch...
Wie aus Bogota berichtet wird, ist durch einen Erdrutsch...
Wie aus Bogota berichtet wird, ist durch einen Erdrutsch...



In trauten Familienkreis

Ist es erst dann so recht gemütlich, wenn ein guter Trunk Herz und Sinne labt. Ein Trunk der dank seines herb-würzigen Wohlgeschmacks von Männern und Frauen immer wieder begehrt wird, ist Köstlicher Schwarzbier. Dieses ist wohlbekömmlich und besitzt großen Nährwert, sodaß es auch Kranken, Wöchnerinnen und allen zur Stärkung ohne Bedenken gegeben werden kann. Ihr täglicher Haustrunk sei deshalb das altberühmte Köstlicher Schwarzbier.

Generalvertreter Walter Ruedel, Telefon Nr. 2562. Zu haben durch alle Bierhandlungen und durch Filiale kenntliche Geschäfte. Hauptknoten der Leipziger Biere im Restaurant zur Gasse, Silberstraße 2, Ecke Leipziger Straße.